

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummern 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 3,20 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einzeln in der Post-Verkaufsstelle für 1893 unter Nr. 6708.

Vorwärts

Injektions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Beilage oder deren Raum 40 Pf., für Bereinigungs- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Ausgaber
Ant. L. Nr. 4186.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Neust. Straße 2.

Mittwoch, den 24. Mai 1893.

Expedition: SW. 19, Neust. Straße 3.

Wer kann zum Reichstag wählen?

Jeder Deutsche, der am 15. Juni 25 Jahre alt ist, kann wählen.

Jeder wählt dort, wo er in die Wählerliste eingetragen ist. Wechselt ein Wähler nach Festsetzung der Wählerliste seine Wohnung, so hat er am Wahltag in dem Bezirke seine Stimme abzugeben, wo sich die frühere Wohnung, die in der Wählerliste eingetragen ist, befindet. Jeder Wähler muß dort eingetragen sein, wo er zur Zeit der Aufstellung der Wählerlisten wohnt.

Es ist nicht notwendig, daß man die Staatsangehörigkeit des Staates besitzt, in dem man wählt, nur Deutscher muß man sein.

Ausgeschlossen vom Wahlrecht sind:

1. Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen.
 2. Personen, über deren Vermögen Konkurs gerichtlich eröffnet ist.
 3. Personen, welche eine Armenunterstützung aus Staats- oder Gemeindemitteln beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben.
 4. Personen, denen durch rechtskräftiges Gerichtsurteil die bürgerlichen Ehrenrechte entzogen sind.
- Schulgeldreste, erlassenes Schulgeld, Steuerrückstände sind kein Grund, einen Wähler vom Wahlrecht auszuschließen.

Wählen kann nicht, wer nicht in der Wählerliste steht. Wer es unterläßt, sich zu überzeugen, ob er eingetragen ist, der setzt sein Wahlrecht aufs Spiel.

Reklamation gegen die Wählerliste (wegen Nichteintragung von Wählern) müssen binnen acht Tagen vom Beginn der Auslegung der Wahllisten angebracht werden. Die Ansprüche auf Nachtragung sind zu beweisen (durch Legitimationspapiere).

Der Wahlaufruf des Zentrums.

Heute Abend ist er endlich erschienen, der sehr lang geratene Wahlaufruf des Vorstandes der verflochtenen Zentrumsfraktion im deutschen Reichstag. Die „Germania“ veröffentlicht ihn in ihrer Abendausgabe. Darin heißt es: „Die Umwandlung des Reichs in einen Militärstaat, ein stehendes Heerlager bereits in Friedenszeiten; die dauernde Heranziehung des letzten halbwegs wehrfähigen Mannes, die bleibende übermäßige Belastung des nothleidenden Nährstands für den Wehrstand bis zur Erschöpfung vor dem Krieg; das ist, worum der nun entsachte Kampf geht. Er war zu wichtig für die ganze Zukunft unseres Volks- und Verfassungslebens, als daß wir nicht schon darum ihn zur Entscheidung des deutschen Volkes selber bringen mußten. In diesem Sinne

wird der Widerspruch gegen die Militärvorlage Caprivi und den, von den verbündeten Regierungen ausgenommenen, Antrag Suene im Vordergrund der jetzigen Wahlbewegung stehen, das Feldzeichen des Zentrums in der Wahl-schlacht sein.“

„Nach wie vor,“ erklärt die Fraktion, „sind wir bereit für Heer und Flotte Alles, was zur Wehrhaftigkeit des Reichs erforderlich ist, zu bewilligen,“ allein das Zentrum fordere auch die volle freie Mitbestimmung der Volksvertretung darüber, was zu dem Zweck in Wahrheit nöthig ist, wie die Verfassung sie gewährt. Es halte fest an den Resolutionen Windthorst.

„So nach wie vor erachten wir die Einführung der gesetzlichen zweijährigen Dienstzeit bei den gesamten Fußtruppen für wünschenswerth und durchführbar und werden gern bewilligen, wie wir dies auch jetzt gewollt, was dazu innerhalb der gegenwärtigen Friedenspräsenzstärke an Erhöhung des Rekrutenkontingents, an Durchschnittstärke und vermehrtem Ausbildungspersonal nöthig ist. Allein wir halten fest daran, daß — insbesondere nach der durch uns erzwungenen Dispositionsurlauber-Vermehrung von 1890 — die zweijährige Dienstzeit für Ausgleichsmaßnahmen zu teuer ist, die eine Erhöhung des Personalbedarfs um 60 000 Mann, des dauernden Geldaufwands um jährlich 40, des einmaligen um 82 Millionen Mark bedeuten, und mit denen weitere Forderungen an Geld und Mannschaften in Höhe von jährlich 20 und einmalig 95 Millionen Mark und 28 000 Mann verknüpft werden. Am allermeisten konnten und können wir dem Ausgangspunkt und Ziel der jüngsten Vorlage der verbündeten Regierungen und der von diesen gutgeheißenen Abänderungsanträge zustimmen, dem Grundsatze der vollen Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, wenn auch bei Einführung der zweijährigen Dienstzeit für die Fußtruppen. Hier scheidet und hier scheiden sich die Wege. Wir müßten Vorschläge die Zustimmung versagen, welche die mit der schließlichen Verwirklichung der allgemeinen Wehrpflicht verknüpfte, auf die Dauer unerträgliche Belastung des Volkes nothwendig zur Folge hätten und auf die obwaltenden hochbedenklichen wirtschaftlichen und Sozialzustände unseres Landes keine Rücksicht nahmen.“

Das Zentrum halte fest an seinem alten Programm, es wolle „des Vaterlandes Wehrkraft, aber auch die Steuerkraft des Reichs und das Budgetrecht des Reichstages nicht geschädigt sehen“. Das oberste Gesetz sei die Verfassung, sie müsse geschützt werden. Das Zentrum halte fest an dem verfassungsmäßigen Charakter des Deutschen Reichs als eines Bundesstaates und an den „von unseren verdienten Vorkämpfern mühsam erzwungenen Gerechtigkeiten des deutschen Volkes und seiner verfassungsmäßigen Vertretung auf Grund des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrechts und werde für den wirksameren Schutz des Wahlgeheimnisses und der Wahlfreiheit die Obsolezenz treffen, welche seitigerer Erfahrungen nothwendig und unausführlich machen.“

Das Zentrum trete ferner ein für Gewissensfreiheit und kämpfe gegen das Jesuitengesetz. „Nur auf der ge-

unden Grundlage von Gottesfurcht“ könnten die unserer Zeit drohenden Gefahren überwunden werden.

Bereits vor fünfzehn Jahren haben wir auf die entscheidende Bedeutung hingewiesen, welche die Erhaltung und Wiederbelebung religiöser, vor allem gläubig-christlicher, Gesinnung für die Bekämpfung der Wahnlehren des Liberalismus und des Sozialismus hat. In dieser Bekämpfung wird das Zentrum jederzeit den eigenen führen. Dies ist von allen Seiten, erst jüngst wieder sogar in heftigster Befehdung von dem Reichstagsler, und nicht minder vom Liberalismus und vom Sozialismus selber, anerkannt, und wird, je dringender und größer die Gefahr, um so bedeutsamer hervortreten. Mehr als je vor gilt es im gegenwärtigen Wahlkampf, des unverwundlichen Gegenstandes sich bewußt zu bleiben, der eine Partei, die in dem positiven Christusglauben wurzelt, vor dem gewaltig aufstrebenden Sozialismus trennt. Wenn nach dem Ausspruch eines seiner Wortführer „kein überzeugter Sozialdemokrat auf die Dauer ein Gottesgläubiger sein kann“, muß, wer dem Zentrum angehören will, handhaft davon durchdrungen sein, daß kein gläubiger Christ auch nur vorübergehend und in Einzelfragen mit der Sozialdemokratie liebäugeln darf. Nicht Umsturz der bestehenden Ordnung kann die Heilung des kranken Erwerbs- und Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftslebens bringen, sondern allein die Wiederherstellung des Christenthums als Grundlage unserer gesamten, des öffentlichen wie des privaten Lebens, unserer Gesetzgebung und Verwaltung, das unbarmherzige, positive Vorgehen gegen die unchristliche liberale Gesetzgebung, wie wir dies jederzeit gefordert, unermüdet angeregt, hingehend unterstützt haben.“

Das Zentrum habe bei der Arbeiterversicherungsgesetzgebung, bei der Neuordnung des Innungswesens und den Bemühungen um Einführung des gewerblichen Befähigungsnachweises, bei der Zurückdrängung des unlauteren Wettbewerbs in Handel und Gewerbe, des Wuchers, des Abzahlungsunwesens und eines gefährlichen Hausirens, bei Umkehr zu einer den Interessen der vaterländischen Produktion in Landwirtschaft und Industrie gerecht werdenden Zoll- und Wirtschaftspolitik endlich zu berufsorganisatorischer Zusammenfassung und Vertretung der Landwirtschaft den Vortritt genommen oder den Ausschlag gegeben. Den Handelsverträgen mit Oesterreich-Ungarn und Italien habe das Zentrum zugestimmt, weil sie die Schutzzölle wenigstens in der Höhe dieser Verträge auf zwölf Jahre mit sich brachten; weil sie dem politischen-militärischen Dreibund eine wirtschaftliche Unterlage und damit größere Festigkeit und Bürgschaft der Dauer gaben; und weil ohne dieselben, mit dem unmittelbar bevorstehenden Ablauf früherer Abmachungen, ein wilder Zollkrieg gerade unter den Verbündeten zugleich die heimische Industrie und Landwirtschaft und das für Deutschlands Sicherheit und die Erhaltung des Weltfriedens so nothwendige Bündniß geschädigt haben würde.“ Wie sieht es mit den künftigen Verträgen, z. B. dem wichtigsten aller, dem Vertrage mit

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Vom Stamm gerissen.

Von Elise Schweichel.

„Nun, mit den neuen wird es bei denen auch übel bestellt sein. Tante Wanda, die die Stern engagirte, schrieb, daß es recht ärmlich bei den Leuten aussähe. Sie hat jedenfalls nöthig, zu verdienen.“

„Um so merkwürdiger ist die Sicherheit und natürliche Eleganz, mit der sie auftritt. Ich bin begierig, wie Papa sie finden wird. Schade, Goldchen, daß Du nicht mit zur Bahn fahren kannst, um ihn abzuholen.“

„Darum ist nicht zu denken. Aber Du fährst auch nicht,“ dekretirte Goldchen. „Tante Adele und Elschen können Papa abholen. Nein, Georg, Du bleibst bei mir, Du darfst nicht fahren.“

Geimlich seufzend ergab sich der Lieutenant in den süßen Zwang.

Der Reichstag hatte seine Sitzungen vierzehn Tage vor dem Feste geschlossen und der Gutsherr seine Heimkehr angekündigt. Heute Abend wurde er erwartet. Das ganze Haus war deshalb in Aufregung. Fräulein Adele wirthschaftete in allen Wohnräumen herum, um überall für die Bequemlichkeit des geliebten Bruders zu sorgen. Die Thätigkeit der Hausfrau war weniger geräuschvoll. Sie beschränkte sich auf Anordnen und Beaufsichtigen. Innerlich war sie aber um so erregter. Obgleich mehr als zwanzig Jahre

verheirathet und Mutter von vier Kindern, war Frau von Kries eine Frau mit jungem Herzen. Sie liebte ihren Mann noch ebenso innig, als da sie mit ihm vor den Altar trat. Solche bräutlich empfindenden, ihre Mädchenliebe unverändert bewahrenden alten Frauen sind keine so großen Seltenheiten, wie man denkt. Bei Frau von Kries hatte sich das Gefühl um so frischer erhalten, als die Anwesenheit ihrer Schwägerin im Hause sie genöthigt hatte, dasselbe zurückzudrängen. Ihr Inneres profanen Augen preiszugeben, war ihr nicht möglich, und Fräulein Adele war für sie eine profane Person. Diese wiederum hielt die scheu reservirte Art der Gattin ihres Bruders, dem sie eine überschwängliche Verehrung zollte, für Geistesbeschränktheit und behandelte sie demgemäß mit einer zur Schau getragenen Ueberlegenheit. Sie war ja auch nur von bürgerlicher Herkunft, die Tochter eines höheren Gerichtsbeamten aus der nahen Provinzialhauptstadt. Fräulein von Kries besaß noch viel von dem veralteten Adelstolz, auch war sie es gewesen, die die Liebe zwischen ihrem Neffen, dem Lieutenant Georg von Kries, den sie bis zu seinem Eintritt in das Kadettenhaus erzogen, und ihrer Nichte, die beide ihren adeligen Namen trugen, eifrig geschürt und begünstigt hatte.

Herr von Kries, der Gutsherr, war ein ebenso leidenschaftlicher Landwirth wie Politiker und nebenbei ein eifriger Briefschreiber. Er korrespondirte mit der halben Welt. Wenn er daher zu Hause war, was selten der Fall, so saß er in seinem Zimmer am Schreibtisch. Seine Frau hatte wenig von ihm. Er liebte sie, wie ein Mann mit großem Wirkungskreise in späteren Jahren seine Frau zu lieben pflegt, mit jener Gewohnheitsliebe, die mehr von Gewohnheit als von Liebe hat. Dies war nun ihr steter Gram, sie konnte sich nicht darin finden. Die Tage ihres jungen Liebesglückes waren ihrem Gedächtniß unauslöschlich eingepreßt.

Warum konnte nicht wenigstens der Abglanz jenes Glückes noch die Reize des Lebens vergolden? Cines tröstete sie: sie hatte die wärmeren Gefühle ihres Gatten an keine andere abtreten müssen, wie es so vielen Frauen ergeht. Nur die Wirthschaft und die öffentlichen Angelegenheiten waren ihre glücklicheren Nebenbuhlerinnen gewesen, und bisweilen meinte sie sogar die alte Bärtlichkeit aus seinem Herzen hervorbekommen zu fühlen, besonders wenn er nach längerer Abwesenheit nach Hause kam. Ihre heutige Aufregung war daher erklärlich. Neugierlich gab sich dieselbe durch nichts als durch einen lebhafteren Glanz der ruhigen, dunkelgrauen Augen und durch zarte rothe Flecken in dem schmalen, fast mädchenhaften Gesichte kund, Zeichen, auf die außer Valeska niemand achtete.

In dieser hatte Frau von Kries ein ihr durchaus sympathisches Wesen gefunden, und täglich pries sie das Gesicht, welches Valeska in ihr Haus geführt. Nicht nur, daß durch sie das ganze häusliche Leben einen höheren Gehalt gewonnen hatte, daß sie geistig erfrischt und belebend auf alle wirkte, sie übte auch den günstigsten Einfluß auf das körperliche Befinden ihrer Töchter aus, namentlich der ältesten, welche aus ihrer Apathie aufgerüttelt und sichtlich munterer und lebensfreudiger geworden war. Früher jeder körperlichen Bewegung abgeneigt, hatte Agnes sehr bald an den Spaziergängen theilgenommen, welche Valeska mit Elschen, Hans und Rosa, wenn diese nicht gerade mit ihrer täglichen Epistel an Georg beschäftigt war, regelmäßig in der Mittagsstunde unternahm. Appetit und Schlaf hatten sich wieder eingestellt und mit ihnen ein erhöhtes Lebensgefühl, eine zweite Jugendblüthe. Frau von Kries sah dieses mit unaussprechlicher Freude und innigem Dank gegen Valeska. Sie selbst hatte nie so viel Einfluß auf ihre Töchter besessen, da ihre Schwägerin ihr stets entgegen-

Rußland? Vorsichtig-diplomatisch und doch vielversprechend erklärt der Aufruf:

„Bei künftigen Handelsvertrags-Vorlagen sollen die Interessen deutscher Landwirtschaft und deutschen Groß- und Kleingewerbes vorwiegend für uns maßgebend und unserer genauesten Prüfung und sorgfältigsten Abwägung doppelt versichert sein.“

Die Forderung des so tief darnieder liegenden gemeinen Wohlstandes sei unausschließlich.“

Gemeinnützige Ausgaben sollen in größerem Umfang, als bisher, gemacht, im übrigen soll weise Spar-samkeit geübt werden. Vor allem thut eine entschlossene Reform der Reichsfinanz- und Steuer-wirtschaft noth. Dem unausföhrlichen Anwachsen der öffentlichen Schuld- und Zinsenlast muß Einhalt und für vernünftige Tilgung dieser Last muß ehemöglichst Vor-sorge geschehen. Wir halten fest an unserem früheren Ausspruch, daß wir keine Vermehrung der Abgaben, sondern deren thümlichste Ver-minderung und gerechtere Vertheilung unter gebührender Entlastung der schwächeren Schichten wollen. Verbrauchssteuern mit dem Charakter von Luxus-Steuern an stelle mancher jetzigen indirekten Abgaben werden ein sehr dienliches Mittel hierzu sein.“

Dreierlei hebt sich aus dem langathmigen Wahlaufsatz kräftiger hervor.

Die Zentrums-partei stellt ausdrücklich fest, daß sie gegen die Militär-vorlage der Regierung und gegen den Antrag Duene „Wider-spruch“ erhebe; daß dieser Widerspruch ihr „Zielzeichen“ sein werde. Die Zentrums-kandidaten müssen demnach auf diesen Punkt verpflichtet werden. Im neuen Reichstage erst wird sich zeigen, ob die Wahl-erhebung auch erfüllt werden wird. Die Spuren schrecken. Denn 1887 hat das Zentrum den „Wider-spruch“ gegen das Septennat als „Zielzeichen“ gehabt und ist dann schmählicher Weise umgefallen, indem sich die Fraktion der Abstimmung enthielt und es so der Hurrath-Mehrheit ermöglichte, das Septennat durch-zubrüden! Wir haben also allen Grund, dem Zentrum zu mißtrauen und ihm auf die lumpromissegewandten Finger zu sehen. Natürlich ist das Zentrum kein Gegner des Mi-litarismus, sondern bereit, jeden Mann und jeden Pfennig nach wie vor zu bewilligen, gegen gewisse Zugeständnisse, über welche die im Kuhhandel erfahrenen Ultramontanen stets mit sich reden lassen.

Daß das Zentrum hausiren geht mit seiner Beihilfe zu den nur im Grundgedanken richtigen, in der Ausführung durchaus verpfuschten Versicherungs-gesetzen, zu dem volks-feindlichen Arbeiter-trutz der Gewerbenovelle, zu der reaktionären Gewerbe-gesetzgebung, wie Zammungshubung, Befähigungsnachweis und anderen Fünftheilen, das versteht sich von selbst. Und das arbeitende Volk wird darauf richtig antworten. Antworten wird das Volk auch darauf, daß die Ultramontanen sich brüsten mit ihrem Antheil an der die Masse auspöndernden Schutz-zoll-wirtschaft.

Und das Volk wird auch den Wink mit dem Zaun-pfahl an die Junker und Junker-ge-nossen verstehen, der den Agrariern jarte Rücksicht bei der Entscheidung über den deutsch-russischen Handels-vertrag verspricht. Dieser Vertrag muß Deutschland die für es nothwendige Roggenzufuhr sichern. Aber die Zentrums-partei denkt an die „nothleidenden Landwirthe“...

Ferner spricht sich das Zentrum nicht etwa grundsätz-lich gegen die Mißwirtschaft der indirekten Steuern aus, wozan es vielmehr festhält. Etwelche gar nicht erst zu nehmende Palliativ-mittelchen, „Verbrauchssteuern mit dem Charakter von Luxussteuern“ wollen die Merkale be-fürworten, etwa eine Reichssteuer auf Rassenhunde oder höhere Steuern auf Schaumwein oder Ausern und Kaviar, Lappereien, die keinen Pappenstiel werth sind und kaum dazu langen, die Knöpfe und Wassenröcke für die 80 000 Mann zu bezahlen.

Kein offenes Wort findet sich in dem Aufruf gegen die wirklichen Steuerpläne, die gegen die nothwendigen Lebensbedürfnisse der großen Masse sich richten. Nichts-jagende Phrasen, wie „gerechtere Vertheilung“ und „thümlichste Ver-minderung“, wiegen nicht schwerer als eine Federsacke. Es fehlt ein entschiedenes Nein! wider die Böllerei. Da liegt der Hase im Pfeffer. Nur über die Monopole wird gesagt:

Wir werden Monopolen mit ihrem für die wirth-schaftlichen Interessen wie die politischen Rechte gleich bedroh-lichen Charakter wie früher so auch jetzt entgegen sein.“

gearbeitet und der schüchternen Frau das Gest aus der Hand gewunden hatte.

Obgleich Fräulein Adele selbst sich nicht gern rührte und das Bedürfnis nach frischer Luft für Einbildung er-klärte, so blieb sie doch bei Ausfahrten nie zurück. Auch ließ sie es sich nicht nehmen, zum Empfang ihres Bruders nach der Station zu fahren, und nach längerem Hin- und Herreden über ihre Begleitung entschied Frau von Kries, daß Georg dieselbe bilden sollte. Sie meinte, daß es sich für ihn schiede, und in ihrer heutigen Erregtheit fand sie den Muth und die Energie, ihre Meinung zur Geltung zu bringen. Sie selbst liebte keinen öffentlichen Empfang. Rosa wandte ihrem ungehorsamen Bräutigam, der ihr komisch-siehende Blide und Geberden nachsahndte, den Rücken und zog sich schmollend auf ihr Zimmer zurück.

Auch Waleksa hatte sich gleich nach Tisch auf ihr Zimmer begeben. Sie wollte die Familie bei ihrem Wiedersehen mit dem Heimkehrenden ganz unge-stört lassen und die Zeit be-nutzen, um Dettinger's letzten Brief zu beantworten. Dieser hatte ihr sein Eintreffen in dem benachbarten Neukirch an-gezeigt und wartete nun mit höchster Ungeduld auf Nach-richt, wann und wo er die Geliebte sehen könnte.

Dettinger hatte mittlerweile sein Examen gemacht und glänzend bestanden, trotz der feindlichen Bestimmung des Gerichts-präsidenten, der die Ausernung gethan, er würde lieber sein Amt verlieren, als einen so rabiatischen Radikalen wie Dettinger durchkommen lassen. Er hatte jedoch nichts gegen die Stimmen der Beisitzenden vermocht, die zwar auch die Richtung des Examinanden mißbilligten, seinen Kennt-nissen und scharfsinnigen Deduktionen aber die verdiente Anerkennung nicht verjagen konnten.

Für jeden jungen Mann von mäßigem Ehrgeiz und Egoismus wäre dieser Erfolg die erste Etappe auf dem Wege einer glänzenden Karriere gewesen; für Dettinger war er das Signal, sich jetzt derjenigen Lebensaufgabe zuzuwenden, die er für die edelste und würdigste hielt, zur Aufklärung der Unwissenden und zur Verbesserung des Looses der Armen und Elenden mitzuwirken. Bevor das Hauptmittel

hätt das Zentrum, um nach dem zweiten wichtigen Moment das dritte hervorzuheben, auch am allgemeinen Wahlrecht fest, so doch nur aus taktischen Gründen, bloß weil und so lange es die Massen braucht. Werden sich die Massen, wie wir hoffen und erwarten, von ihm abwenden, dann wird sein reaktionäres, junkerlich-pfäffliches Wesen sich gar herrlich offenbaren. Jetzt macht die Zentrums-partei aus der Noth eine Tugend, und man darf ihr glauben, daß sie für das Wahlrecht augenblicklich eintreten, ihm aber keine Thron nachweihen wird, wenn es beschnitten wird. Ein sicherer Bundesgenosse im Kampfe für die Volk-rechte ist eine Partei nicht, deren Abgeordnete zum Theil für das Sozialistengesetz gestimmt haben, die sich für die Brotertheuerung u. s. w. ins Zeug legen.

Der „feste Thurm“ des Zentrums bröckelt, die schmetternde Fanfare, die zum Streite gegen die Vor-lage ruft, kauft darüber nicht. Schon sondert sich das Fähnlein der Junker von ihm ab, und nur die Angst vor den katholischen Arbeitern, Handwerkern, Kleinbauern, die Segner des Militarismus sind, fügen den Geerhaufen der Ultramontanen nochmals fest zusammen. Aber die demokratischen Elemente trennen sich mehr und mehr, der Sozialismus tritt als lachender Erbe in seine Rechte und ruft die katholische Arbeiterschaft und Kleinbürger-schaft unter sein unbeflecktes Banner. Mögen die Lieber und Genossen sich noch so wehren, dem Zentrum schlägt die Stunde der Spaltung in abschbarer Zeit. Die Demokratie, die Feudalismus!

Daran ändert auch nichts dieser jüngste Wahlaufsatz, der unter Schmerzen geboren ward.

Politische Ueber-sicht.

Berlin, den 23. Mai.

Amerikanische Ansichten. In englischen und ameri-kanischen Blättern, u. a. in dem New-Yorker „Herald“, der auch in Europa einen Ableger hat, wird mitgetheilt, daß der deutsche Kaiser habe die Absicht, dem neuen Reichstage sofort nach dessen Zusammentritt die Militär-vorlage zu unter-breiten, eine Entscheidung binnen 24 Stunden zu fordern, und im Fall der Verwerfung unverzüglich den Reichstag aufzulösen und durch kaiserliche Proklamation die Militär-vorlage als Reichs-gesetz in Kraft treten zu lassen.

Diese guten amerikanischen Feilenreifer sollten, ehe sie ihre Mägen in die Welt schicken, doch erst die Geschäfts-ordnung des Reichstags lesen, sie würden dann weniger plump lägen.

Die ernsthaften englischen und amerikanischen Blätter stimmen übrigens unserer Auffassung vollständig bei, daß es sich bei dem jetzigen Wahlkampf darum handelt, ob das all-gemeine Wahlrecht in Deutschland ein Schein-recht ist oder eine Wirklichkeit. Und der „Globe“ meint, jetzt habe es sich zu entscheiden, ob das deutsche Volk überhaupt etwas im Staate zu sagen habe, oder ob Deutschland ein russischer Despotismus mit konstitutionellen Formen sei. Das per-sönliche Eingreifen des Kaisers in den Streit ist der eng-lischen Presse etwas ganz Unverständliches. Sie haben aus der Geschichte ihres Landes gelernt, daß der Souverän, vom Augenblick an, wo er in dem Parteikampf Partei wird, die Monarchie selbst zur Parteifache macht und den Wechsel-fällen des Parteikampfes überliefert.

Beiläufig munkelt man wieder von einem kaiserlichen Wahl-manifest. Mag sein, mag nicht sein. Für uns ist's gleich. Die Sozialdemokratie läßt sich nicht überraschen, wie sie bei der letzten Wahl durch ihre Haltung gegen-über dem kaiserlichen Februar-Erlassen gezeigt hat. Ob Juni oder Februar — das spielt im politischen Kampf keine Rolle.

„Eine außerordentliche Kundgebung des Kaisers an das deutsche Volk“ war, so schreibt man, bereits nach Auflösung des Reichstags beabsichtigt. (S. die vorstehende Notiz.) Dieser Gedanke sei jedoch jetzt nach den Ansprüchen des Kaisers an die Generale und nach der Tischrede in Görlich vorläufig fallen gelassen und solle erst kurz vor den Wahlen wieder aufgenommen werden. In dieser Kundgebung, so will der Bericht-statter weiter er-fahren haben, werde der Kaiser sich in seiner Eigenschaft als „Bundesfeldherr an das deutsche Volk wenden“.

hierzu, das neue Partei-Organ, ins Leben trat, hatte er die langgeplante Agitations-reise unternommen und bereits an ver-schiedenen Orten Versammlungen abgehalten, die sehr besucht gewesen waren und ihre Wirkung nicht verfehlt hatten. Dettinger besaß in hohem Grade den einfachen, klaren, be-stimmten Ausdruck, welcher zu überzeugen und jenen Schwung, welcher eine Volksmenge hinzureißen und zu elektrischen ver-mag. Dabei war er klug und gewandt genug, um jeden Konflikt mit der Polizei zu vermeiden. Noch stand seine Partei unter keinem Ausnahme-gesetz, Niemand konnte ihr das Versammlung-recht wehren, und so war Dettinger un-behellig nach Neukirch, dem eine Meile von der Kries'schen Besichtigung gelegenen Städtchen gelangt, wo er Waleksa, wenn auch nur eine flüchtige Minute, zu sehen und zu sprechen hoffte.

Das Städtchen wurde von den Kries'schen Damen zum Zweck kleinerer Einkäufe, wohl auch um die ländliche Stille und Einförmigkeit zu unterbrechen, öfter besucht. Waleksa's Absicht war es nun, unter dem Vorwand einer dringenden Besorgung sich Fuhrwerk nach der Stadt zu erbitten und Dettinger in dem einzigen Gasthaus des Ortes wie zufällig zu treffen. In diesem Sinne schrieb sie ihm, ohne daß sie noch wußte, auf welche Weise sie ihren Brief befördern sollte.

Bisher hatte sie es so einzurichten gewußt, daß sie ihre Briefe an Dettinger stets erst im letzten Augenblick eigen-händig in die Posttasche steckte, da sie ihr bräutliches Ver-hältniß zu ihm nicht preisgeben wollte. Dies ging jetzt nicht mehr an. Sie hatte erfahren, daß Herr von Kries, wenn er zu Hause war, die Posttasche in seine Verwahrung nahm und sie selbst öffnete und verschloß. Sie hätte ihm folglich ihre Briefe ausshändigen müssen, was ihr jetzt, da Dettinger in der Nähe war, bedenklicher denn je erschien. In großer Erregung schrieb sie Seite auf Seite.

(Fortsetzung folgt.)

Die „Germania“ und andere Zeitungen bezweifeln diese Nachricht. Wir sind diesmal nicht so zweifelsüchtig. Da der Kaiser durch seine Ansprache auf dem Tempelhofer Felde und durch die Tischrede in Görlich unmittelbar in die Wahlbewegung eingegriffen hat, da die Großherzöge von Baden und Hessen gleichfalls für die Vorlage öffent-lich gesprochen haben, könnte eine neue Kundgebung nicht überraschen. Auf die deutsche Wähler-schaft wird sie nicht anders wirken, als die vorhin genannten Reden. Denn die große Mehrheit des deutschen Volkes verwirft die mili-tärischen Pläne der Regierung und wird nur Vertreter in den Reichstag schicken, die der Militär-vorlage ein entschiedenes Nein! entgegensetzen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt heute Abend in amtlichem Auftrage, daß die Nach-richt „der Begründung entbehre“. Sie versucht dann den „Gedanken an die Möglichkeit eines solchen Schrittes“ mit allerlei hohlen Redensarten zu „erklären“, woraus man schließen könnte, daß in der That an solch einen Plan ge-dacht worden wäre, den man dann wegen seiner Unzulös-lichkeit aufgegeben habe.

Die Uebungen des Beurlaubtenstandes. An den Dispa-säulen Berlin macht das Bezirks-kommando II Berlin durch Anschlag bekannt, daß die für den 2. bis 15. Juni bei den Infanterie-Regimentern 20, 25, 24, 64 angeordneten Provinzial-übungen der Wehrleute der Infanterie vor-läufig nicht stattfinden werden, und daß die Wehr-leute die Einberufungs-befehle umgehend zurück-schicken sollen.

Wolff's telegraphisches Bureau, daß, wie man weiß, zur Regierung Beziehungen unterhält, meldet, der Kaiser habe für den Bereich der preussischen Militärverwaltung befohlen, daß diejenigen Uebungen des Beurlaubtenstandes, welche in die Wahl-zeit gefallen wären, nicht verschoben werden, sondern mit Näch-sicht auf die bald darauf beginnende Erntezeit ganz ausfallen sollten. Davon ist in der vorhin mitgetheilten Bekanntmachung nichts zu lesen. Jedenfalls hat die eindringliche Forderung der unabhängigen Presse, daß während der Wahlzeit keine Uebungen abgehalten würden, einen sichtlichen Erfolg gehabt. Bestätigt sich die Meldung des Telegraphen-bureaus, um so besser!

Bei dieser Gelegenheit wiederholen wir, was bereits früher in unserem Briefkasten ausgeführt wurde: es ist nicht wahr, daß die Beurlaubten von dem Moment ab, wo sie entlassen sind, aufhören, dem Kriegsrecht zu unterliegen. Sie stehen unter demselben bis um 12 Uhr Mitternacht des Tages der Entlassung. Es gilt dies von allen zu militärischen Uebungen Einberufenen — auch von der Land-wehr. Die sächsischen Landwehrlaute, die vor einigen Jahren nach ihrer Entlassung ein für respektwidrig erachtetes Tele-gramm an den Kaiser schickten, hatten ihren Irrthum, jetzt unter dem bürgerlichen Gesetzbuche zu stehen, mit einem Duzend Jahren Festungsstrafe zu büßen.

Das bayerische Justizministerium hat, da die Reichstags-wahl in die Schwurgerichtsperiode fällt, verfügt, es sei dafür Sorge zu tragen, daß den Ge-schworenen die Ausübung ihres Wahlrechts ermög-licht werde.

Ein verständiges Urtheil. Der „Mecklen-burger“, das Blatt der mecklenburgischen Partikularisten, schreibt über die Militär-vorlage und die Wahlen:

„Unseres Erachtens dürfen Mitglieder unserer Partei unter keinen Umständen für einen Anhänger der Militär-vorlage stimmen... Es wird wahrlich Zeit, daß einmal ein Ende gemacht wird mit den unausgesehenen Steige-rungen der Truppenzahl und den uferlosen Gelöbde-willigungen für militärische Zwecke; mit letzteren umso-mehr, als dieselben infolge des leider über alles Maß ausgebildeten be-lagerten indirekten Steuer-systems in un-ver-hältnismäßig hoher und geradezu unge-rechter Weise doch in erster Linie die handarbeitenden Klassen treffen und belasten. Dazu ist unsere Truppenzahl seit 1870 that-sächlich verdreifacht, und trotzdem will man uns Angst machen mit Russen und Fran-zosen. Obendrein liegen die bündigsten Erklärungen der mili-tärischen Instanzen aus den Jahren 1887 und 1890 vor, daß es mit jenen Bewilligungen nunmehr, wie der Mecklenburger sagt, „ganz und ganz gewiß“ genug sein solle; durch welche Versicherungen der Reichstag allein sich bewegen ließ, den damaligen Forderungen zuzu-stimmen. Neue Gründe aber für eine Erhöhung der Präsenz-stärke, die jetzt trotzdem wieder beantragt wird, sind von den Regierungsvertretern ab-solut nicht vorgebracht, weder im Reichstage selbst, noch in der Kommission. Und dabei ist die jetzt geforderte Erhöhung größer, als alle seit 1874, dem Jahre des ersten Septennats, bewilligten zusammen-genommen!“

Und an anderer Stelle sagt das Blatt: „Reicht aus, reicht aus, reicht alle, alle aus, dort steht ein französisches Schilderhaus!“ — wie lange wird es dauern, und wir sind glücklich wieder angelangt bei Wilkin und Melmit, bei Baraden und Hammelherden, bei blutrothen Tröb'schen Kriegskarten und blutrothen kolorirten Bilderbüchern, oder wie der angstmeiernde Spulekram jener für unser deutsches Vaterland so beschämenden Zeit sonst ausgehoben und geheißt haben mag... Damit nun das Ausland nicht etwa denke, diese Kriegsfurcht-Pinselien seien wirklich getreue Abbilder der Stimmung des deutschen Volkes, so ist es dringend nothwendig, diesen groben Unfug mit unbeugsamer Entschlossenheit ent-gegenzutreten und ihn öffentlich vor aller Welt als das zu brandmarken, was er ist: als eine Schmach für unser Volk, wie sie entwürdigender garnicht ge-dacht werden kann.“

Vergangenheitspolitiker. Daß die Nationalliberalen, die als Partei der Vergangenheit angehören, auch Ver-gangenheitspolitik treiben, ist nur natürlich. So kann es uns nicht Wunder nehmen, daß sie als Schlachtros für den Wahlkampf den Einfall der Franzosen in die Pfalz, der vor 200 Jahren erfolgte, sich ausgewählt haben. Am 22. Mai 1693 wurde das Heidelberger Schloß von „franzö-sischen Nordbrennerbänden“ in Asche gelegt, und den zwei-hundertjährigen Gedenktage haben die nationalliberalen Nordpatrioten gestern mit großem Lärm als Nationalfest- und Heiligtag gefeiert. Diese traurigen Klumpen, die nur dem Arsenal blödester Barbarei ihre Waffen entnehmen können, vergessen ganz, daß die Deutschen den Franzosen eben-soviel Leids zugefügt haben, wie umgekehrt, daß aber Deutsche den Deutschen hundertmal mehr Leids zugefügt haben, als die Franzosen — wir erinnern an die Greuel des dreißigjährigen Krieges und an die Verbrechen der Sozialisten-hähe — und sie vergessen weiter, daß zwischen 1693 und heute die von deutschen Fürsten ver-

Wähler! Parteigenossen!

zurufen, ob sein Name in der Liste steht. Wähler, Parteigenossen, thut Mann für Mann Eure Pflicht!

Nur noch zwei Tage, heute Mittwoch und morgen Donnerstag, liegen die Wählerlisten zur Einsicht aus. Versäume keiner nach-

anlasten Revolutionen gegen Frankreich liegen und die von dem deutschen Reichskanzler Bismarck seinem eigenen Geständnisse nach gefälschte Emser Depesche. —

Er kann das — Stöckern nicht lassen. Durch seinen Horden läßt der Fälscher der Emser Depesche jetzt der Welt vorliegen, er sei zu der Denkmalsfeier in Görlitz vom Festkomitee eingeladen worden, habe aber abgelehnt. Wäre er eingeladen worden, dann hätte er nicht abgelehnt. Thatsächlich hat er Monate lang Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um eine Einladung zu erlangen, und — was dazu gehörte — Caprioli und Niquel in die Luft zu sprengen. Herr Garden, alias Wittkowski, sollte doch bedenken, daß auch das Lügen gelernt sein will, und daß es auch für Reporter seines Schlages eine Grenze des unterständigen Menschen Erlaubten giebt. —

Die Klugweiser werden nicht alle. Einer ist so pffiffig, aus unserer letzten Notiz über das Strohhalmchen zu schlussfolgern, wir hätten nur eine Abschrift, ein anderes, wir hätten nur die Abschrift und wollten den Schein erwecken, daß wir sie vom Adressaten hätten. Beide sind gleich klug. Ein Dritter — der Klügste von allen — wundert sich noch immer, daß wir den Namen des Adressaten nicht genannt haben. Vielleicht geht er zu Herrn von und zu Hammerstein. Der weiß den Namen. Auch in der alten Kalketenliste ist er zu finden. —

Oberwinder begnadigt. Vor einigen Tagen ward bekanntlich gemeldet, der berüchtigte Ex-Sozialdemokrat und Judenheher Oberwinder, der wegen eines schweren Angriffs auf die preussischen Richter (mit bezug auf den Buschhoff-Prozess) einige Monate Gefängnis erhalten hatte, sei zu einer geringfügigen Geldbuße begnadigt worden. Erst hieß es, der Justizminister habe die Begnadigung veranlaßt — was natürlich kein Mensch glaubte — und jetzt wird versichert, der Kaiser habe auf die Fürsprache eines hohen Hofbeamten gehandelt, und der Verfasser des Judenheh-Artikels, wegen dessen der Oberwinder verurtheilt ward, sei ebenfalls ein höherer Beamter — natürlich ein Antisemit. Und dies scheint auch wahr zu sein. Da das Begnadigungsrecht in Deutschland ein Monarchenprivilegium ist, kann man dessen Ausübung nicht kritisieren, ohne sich der Gefahr einer Majestätsbeleidigung anzujagen. Ueber die Begnadigung des Oberwinder also kein Wort. Nur über die Umstände, unter denen sie erfolgt ist. Sie zeigen uns — was wir schon bei mancher anderen Gelegenheit bemerken konnten — daß der Antisemitismus unsere Beamtenkreise vollständig durchseucht hat. Während Bismarck jetzt mit bekannter Wahrsamkeit den Stöcker und die Judenheher verurtheilt, ist es Thatsache, daß der Antisemitismus in jeder Weise methodisch von ihm gepflegt ward, und daß unter ihm kein Student Aussicht auf Anstellung, kein Streber Aussicht auf Promotion hatte, der nicht ein waschechter Antisemit war. Und so kommt es, daß während die Regierung sich des Antisemitismus zu entledigen sucht, dieser fast die ganze Beamtenerschaft hinter sich hat. Der Bureaucraten- und Polizeistaat par excellence ist so durch eine heitere Ironie der Weltgeschichte mit seiner eigenen Bureaucratie in Konflikt gerathen und kann ihrer nicht Herr werden. Das Werkzeug ist der Herr des Herren geworden. Dem State ist das gewiß nicht förderlich. —

Aus Stephan's Reich. Die Post- und Telegraphenverwaltung schließt gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres mit einer erheblichen Zunahme des Verkehrs ab. Der reine Ueberschuß hat betragen
April 1893 3 685 678 M.
April 1892 2 865 771 M.

mithin April 1893 mehr 1 299 907 M.

Mag der Herr Generalpostmeister die Ueberschüsse auch für sozialpolitische Aufgaben verwenden. Den unteren Postbeamten thäte eine durchgreifende Reform ihrer Dienst-, Gehalts-, Arbeitszeit-Verhältnisse dringend noth. Erlasse im alten Stile thun es freilich nicht. —

Liberaler Mannesmutz. Das Organ der Wabelstimpfe, die „Liberaler Korrespondenz“, der der Wahlkampf die letzte Spur politischen Anstandes geraubt zu haben scheint, bettelt bei der Regierung um Gnade. Sie schluchzt: „Ist die Militärfrage die für die Wahlen ausschlaggebende, so muß der Regierung jeder Kandidat genehm sein, der in dieser Frage ihren Forderungen entgegenkommt. Der Regierungsapparat darf dann aber auch nicht in Thätigkeit gesetzt werden, um Kandidaten zu belästigen, die in der Militärfrage der Regierung entgegenkommen wollen, aber in anderen politischen Fragen anderer Ansicht sind, als der jeweilige Inhaber des Landratsamts oder der Regierungspräsident, obgleich sie nach dem Grundsatz: „Das Bessere ist der Feind des Guten“, die Handelsvertrags-Politik der Reichsregierung unterstützen, die demagogische Ausnutzung des Bimetallismus und Antisemitismus belämpfen. Geschieht das doch, so wird der Beamten-Apparat in Bewegung gesetzt, um die Politik der Regierung zu lähmen.“

Die Wortführer der deutschfreisinnigen „Freiheit“ haben nichts dagegen einzuwenden, daß die Landräthe, Dorfschulzen, Gendarmen, daß der ganze Chor der Bureaucraten gegen die Opposition entfesselt werden, wohl aber stehen sie um „gnädige Straf“. Wähler, das sind die bürgerlichen Freiheitskämpfer! —

Der „feste Thurm“. In Schlesien läßt sich der Riß, der durch die Zentrumsparthei geht, nicht mehr verdecken und verdecken. Die „Schlesische Volks-Zeitung“, das Organ der Ballestrems und Huene, liegt in offener Fede mit der Mehrheit der Fraktion, und die „Germania“ mißt sich im Schweiße ihres Angesichts zu erweisen, daß der „Thurm“ nicht bröckle. Sie erklärt, die Politik der „freien Hand“, wovon auf der Vertrauensmänner-Versammlung der Ultramontanen Schlesiens die Rede gewesen ist, bedeute „die Freiheit, welche aber auf dem Boden des Zentrumsaufrufs und seiner Aeußerungen über Caprioli-Huene und auf dem Boden der Wind-

horst'schen Resolutionen mit ihrer Verurtheilung der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht sich hält und für die Abgeordneten schon aus dem Grunde nöthig ist, da das Centrum allein nicht die Mehrheit hat, im Falle einer positiven Formulierung seines Standpunktes also über ein die wesentliche Stellung zu den Militärfragen nicht bezührendes Mehr oder, was wir zu beachten bitten, Weniger im Einzelnen sich vereinbaren können.“ Die Breslauer Versammlung habe deshalb beschlossen, daß die Zentrumsparthei Schlesiens einen eigenen Wahlaufsatz nicht erlasse, sich vielmehr dem Wahlaufsatz der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages anschließe, und auf dessen Grund die Kandidaten der Zentrumsparthei Schlesiens aufstelle.

Der Wahlaufsatz ist heute Abend (siehe Zeitartikel) erschienen. —

Schweiz. Die Versammlung der Abgeordneten der schweizerischen landwirtschaftlichen Hauptvereine beschloß einstimmig, wegen des Nothstandes der Landwirtschaft die landwirtschaftliche Ausstellung, welche im Jahre 1893 in Bern stattfinden sollte, bis zum Jahre 1895 zu vertagen. —

England. Am ersten Pfingsttag war im Hyde Park eine Massenkundgebung zu gunsten der Homerule-Bill. —

Die Annehmlichkeiten des Flottendienstes scheinen mit denen der Ferienkolonien auf gleicher Stufe zu stehen. Es ist eine bekannte Thatsache, daß europäische Kriegsschiffe niemals, außer in dringenden Fällen, in nordamerikanischen Häfen sich aufhalten, weil die Matrosen und Marineoffiziere regelmäßig in Massen desertieren. Und zwar passiert dies den Kriegsschiffen aller Nationen. Jetzt lesen wir in englischen Blättern, daß die englische Flotte, die zur Columbusfeier vor New-York lag, binnen weniger Tage 70 Mann durch Desertion verloren hat, und daß besondere Vorkehrungsmaßregeln getroffen werden mußten, um die Desertion des Restes der Mannschaften zu verhindern. Es erinnert uns dies an die Antwort eines Amerikaners auf die Frage, was würdet Ihr thun, wenn eine große europäische Armee plötzlich in Euer Land käme? „Wir böten jedem Soldaten und Offizier ein anständiges Auskommen und ein menschenwürdiges Leben, und sie würden bis auf den letzten Mann zu uns überlaufen.“ So ganz unrecht hatte der Mann nicht, wie man sieht. —

Italien. Die in den Prozess gegen die Banca Romana verwickelten Barone Lazzaroni und Mongilli sind am 19. Mai gegen Bürgschaft in Freiheit gesetzt worden. Da die Führer der bürgerlichen Parteien, Minister, hohe Würdenträger u. s. w. die Rühmepfeiler der schmähligen Gaunerstreiche gewesen sind, versteht man diese Entlassung zweier Hauptschuldigen. Man berichtet übrigens, ein anderer Spießgeselle, Tanlongo, werde vor den Geschworenen nicht nur erklären, daß er Geld für die Wahlen lieferte, sondern auch sagen, wie viel er gegeben und wozu die Hand ihm hingehalten. Die Entlassung der Lazzaroni und Mongilli steht in munterm Gegensatz zu den Massenverhaftungen während der silbernen Hochzeitsfeier König Humberts und des Kaiserbesuchs. Wie übel die große Masse in Italien daran ist, zeigt eine Meldung, wonach 400 Schwefelkugeln aus Ravenna mit ihren leeren Wagen durch Strigenti fuhrten unter den Rufen: „Brot! Arbeit! Nieder mit der Kammer! Es lebe der Sozialismus!“ Mit Sensen bewaffnete Bauern und Bäuerinnen schlossen sich an. Als Truppen nahten, drangen Frauen in die Kirche und läuteten die Glocken. Mit Wähe konnte ein Zusammenstoß verhindert werden. — Die italienische Ministerkrisis dauert fort. Giolitti soll ein neues Ministerium bilden, und sückt am alten herum. —

Frankreich. In der „faulen Kammer“ (chambre poitrée, nennen sie die Pariser Arbeiter) hat sich eine Majorität gefunden, um den, am 1. Mai von der Polizei geprägten Abgeordneten Vaudin wegen thätlichen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Mißhandlung ihrer Organe, strafrechtlich zu verfolgen, oder doch wenigstens, um die strafrechtliche Verfolgung „in Betracht zu ziehen“. Pfui! Einstweilen steckt die Sache in einer Kommission, die hoffentlich noch so viel Schamgefühl hat, den Antrag zurückzuweisen und der Kammer die Verwerfung anzurathen. —

Internationaler Eisenbahnverkehr. Das Zentralamt für den internationalen Eisenbahntransport hat den schweizerischen Bundesrath veranlaßt, bei den am internationalen Uebereinkommen beteiligten Staaten die Einberufung einer technischen Konferenz wegen Durchsicht der Ausführungsbestimmungen zum internationalen Uebereinkommen auf den 5. Juni d. J. und eine diplomatische Konferenz zur Behandlung des Antrages wegen Aufnahme des Fürstenthums Monaco in das internationale Uebereinkommen auf den 15. Juni nach Bern vorzuschlagen. —

Emin Pascha's Tod wird von dem afrikanischen Korrespondenten des „Berliner Tageblatts“ bezweifelt — allerdings auf recht schwache Gründe hin. —

Die Reichstagswahlen.

Offizielle sozialdemokratische Reichstagskandidaturen.
Ostpreign: Tischmeister Franz Berndt aus Berlin.
Rheinprov.: Lemmer-Mettmann-Kemsheld; Carl Meißel-Köln. Elberfeld-Barmen: Fr. Harin-Elberfeld. Düsseldorf: H. Grimpe-Elberfeld. Essen: E. Schröder-Dortmund. Duisburg: H. Mohr-Lad-Düsseldorf. Mors-Diees: August Bebel-Berlin. Kempen: G. Schumacher-Solingen. Gladbach: J. H. Franzen-Gladbach. Greifeld: G. Selbing-Düsseldorf. Neuss-Grevenbroich: H. Grimpe-Elberfeld. Köln-Stadt: M. Lude-Köln. Köln-Land: V. Kirch-Rail. Bergheim-Gustfaden: A. Bebel-Berlin. Bonn-Rheinbach: A. Hofrichter-Köln. Siegtreis-Waldbrühl: J. Godel-Bonn. Mülheim-Bipperfurch: R. Meiß-Köln. Trier: A. Emmel-

St. Johann. Dittweiler-St. Wendel: J. Thome-Mienwald. Saarbrücken: E. Emmel-St. Johann. Saarburg, Saarlouis, J. Wendel, Neunkirchen. Saargemünd-Forbach: E. Emmel-St. Johann. Düren-Jülich: A. Bebel-Berlin. Aachen: E. Müller-Elberfeld. Wehlar-Mittenkirchen: A. Paul-Hannover. Neuwied: A. Bebel-Berlin. Coblenz: K. Ulrich-Offenbach. Kreuznach-Simmern: A. Bebel-Berlin. Gießen-Gränberg: R. Lüdke und A. Isfeld-Sauterbach: Schreiner und Stadtrath Karl Orbig. Eisenach: Wilhelm Bod in Gotha.

Bürgerliche Kandidaturen. Elbing: von Buttamer-Plautz (H). Waldenburg: Goldschmidt in Berlin (H). Posen: Kommerzienrath A. Frenkel in Berlin (H). Bernburg-Röthen: H. Rothmann in Berlin (H). Sternberg: Landrath Bohy (H). Naumburg-Zeitz: Weichenfels: Generaldirektor Barth in Merseburg, Kartellkandidat der K und des „B. d. Landw.“, Dr. Tesdorpf in Leipzig (H), Graf Flemming (H). Heidelberg: Rechtsanwält Scherke in Frankfurt a. M. (H). Wolfenbüttel-Helmstedt: Direktor Schrader in Berlin (H). Londern-Husum: Professor Seelig (H). Potsdam-Spandau-D. Havelland: Dr. Rehmisch (H), Chefredakteur Volkstath (H), beide in Berlin, Prediger Schall (H), Prediger Ridenbad (H). Stolp-Pauenburg: Dau (H); der „Normalbauer“-Wissen (H). Angerburg-Lützen: Gutbesitzer Wegmann (H). Labiau-Wehlau: Landrichter Rother (H). Ragnit-Billkallen: Bräse (H). Minden-Lübbecke: General v. D. Graf Moon, Rittergutsbesitzer zu Korbnitz in Schlesien (H). Dittweiler-Sankt Wendel: Freiherr von Stumm. Stuttgart: Siegle (H). Otterndorf-Geestmünde: Dr. Friedrich Zahn, der Eratenbarde Bismarck's („Bund der Landwirthe“). Kaufbeuren: Bürgermeister Schöpf in Pfaffenhausen (H). Schwandorf: Bürgermeister und Regulatorfabrikant Stroger in Stadlamhof (H). Trier: Rintelen (H). Gagen: Rechtsanwält Eckmann (H). 2 Trier: Rentner Dieden (H). Halle an der Saale: Rechtsanwält Glimm (H), Kartell der K., der „Ordnungspartei“, der A.

Vom Centrum. Aus Oppeln, das bisher Ballestrems im Reichstage vertreten hat, berichtet die ultramontane „Schles. Volkszeitung“: „Es wurde Herrar Wolny aus Belzago als Kandidat zum Reichstagsabgeordneten proklamiert. Demselben wurde nur die Pflicht auferlegt dem Centrum beizutreten und im Verein mit ihm die Vorlagen zu prüfen. In bezug auf die Militärvorlage wurde allgemein die Ansicht ausgesprochen: Wenn die Vermehrung des Heeres eine notwendige sein sollte, müßte die Deckung der Kosten so erfolgen, daß das Volk, im besonderen auch die Landbevölkerung, nicht mit größeren Steuern belastet würde.“ Es bröckelt. — Für Neuf-Brevenbroich ist, wie die „Germania“ meldet, der Landrath Freiherr von Schorlemer, ältester Sohn des alten Centrumsführers Freiherrn v. Schorlemer-Alst, als Gegenkandidat gegen den ultramontanen Kandidaten aufgestellt worden. —

Einen Wahlaufsatz für Schlesien und Posen erlassen unsere schlesischen Genossen. Es heißt darin: „Die Lage der schlesischen und posenschen Arbeiter in allen Erwerbszweigen, in den Kohlengruben, in den Eisen- und Hüttenbetrieben, bei den Webern im Galengebirge ist die denkbar traurigste; der Lohn der ländlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ein so niedriger, daß diese ihre Zukunft in Städte, zur Auswanderung nach fernem Gegenden Deutschlands oder nach überseeischen Ländern nehmen müssen.“ In einer trefflichen Pfingstbetrachtung schreibt die „Volksmacht“: „Dem deutschen Volke ist dieses Pfingstfest eine Mahnung, in seinen Händen liegt es, das zu verwirklichen, was bis jetzt nur ein Wunsch ist, wenn es bei der nächsten Wahl sein Glück schmiedet. An der Wahlurne kann es den Baum der Freiheit und des Friedens pflanzen und Wahrzeichen, daß es Pfingsten geworden ist in den deutschen Landen. Der Sieg des Lichtes über die Finsterniß, des Sozialismus über die Reaktion, das ist des deutschen Volkes Pfingstfestmorgen!“

Zur Bauernbewegung schreibt Dr. Sigl im Bayerischen Vaterland: „Als die Bauernversammlungen begannen, hörte und las man, nun würden wieder muthige und freie Mannesworte gehört, nachdem man sich von der Besessenen der alten Parteien lange genug angeekelt gefühlt habe. Die Rücksichtsmerei und Impotenz der alten Parteien ist notorisch, weshalb sie dem verdienten Schicksal verfallen. Aber wenn es das Kennzeichen der Bauernversammlungen ist, daß freie Mannesworte aus ihnen erschallen, warum erheben sich nicht muthige Mannesworte gegen die Hauptursache all' unseres heutigen Elendes, gegen den Militarismus? Warum lassen die Bauernversammlungen nicht durch das ganze Reich hin energisichere Resolutionen gegen diese Zeitkrankheit, die ihnen das Mark aus den Knochen zieht? Warum hat der deutsche Bauernstand nicht den Muth, wie mit einem Munde von den Regierungen zu verlangen: „Beruft einen europäischen Kongress zu allgemeiner Abrüstung ein, ehe wir alle, Bürger, Bauern und Soldaten, zum Teufel gehen“? Eine solche einmüthige Forderung der deutschen Bauernschaft hätte sofort das praktische Resultat, daß die jetzige Militärvorlage auf immerwiedersehen verschwinden würde. Und das wäre schon etwas.“

In Wien haben sich die Parteigenossen seit der Auflösung des Reichstages zu einem Sozialdemokratischen Wahlverein zusammengeschlossen, den während der Wahlkampagne die Polizei wohl oder übel dulden muß.

Jordan, der bisherige deutschfreisinnige Vertreter für Gräneberg, der gegen den Antrag Huene gestimmt hat, will nur wieder kandidiren, wenn ihm die Wähler betrefß der Militärvorlage freie Hand lassen. —

An das kaiserliche Ministerium in Elßah-Pohrtingen, Abtheilung für Justiz und Kultus, richten die Sozialdemokraten der Reichslände nach dem Beispiele der bairischen Parteigenossen „das sich durch die Ereignisse aufräugende Ersuchen, durch eine gemeinverständliche Kundgebung den unteren Polizeiorganen begreiflich zu machen, daß während der derzeitigen Wahlperiode die deutschen Reichsbürger im Reichslände ohne Unterschied ihres politischen Bekenntnisses in der Ausübung der reichsgesetzlich gewährleisteten Bürgerrechte nicht beeinträchtigt werden dürfen.“

Die Kriegervereine als Wahlsagenten der Regierung. Der Vorstand des deutschen Kriegerbundes erläßt in der „Parole“ einen Aufruf, in dem er zwar davor warnt, in den Vereinsthungen und im Verein selbst die Wahlfragen zu erörtern, dagegen die Mitglieder der Kriegervereine als Privatpersonen auffordert, als „Bundeskameraden ihrer Pflicht eingedenk zu sein und sich mit dem Bewußtsein zu erfüllen, daß der allerhöchste Kriegsherr die Verstärkung der Wehrkraft wünscht“. Wozu bedarf der „Bundeskamerad“ einer eigenen Meinung?

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, den 24. Mai.
Opernhaus. Bajazet. Die Rede.
Neues Theater. Die Maier. Eingeschlossen.
Deutsches Theater. Der Talisman.
Berliner Theater. Die Journalisten.
Festung-Theater. Brave Vent' vom Grund.
Wallner-Theater. Geschlossen.
Residenz-Theater. Flatterfuch (La Papillonne).
Adolph Ernst-Theater. Goldblotte.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Der Vogelhändler.
Proll's Theater. Die lustigen Weiber von Windsor.
Viktoria-Theater. Frau Venus.
National-Theater. Der Kaufmann von Venedig.
Alexanderplatz-Theater. Der Fall Clémenceau.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater. Goldblotte.

Letzte Woche.
Gefangenspoße in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt.
Completz theilweise v. G. Görsch.
Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anf. 7 1/2 Uhr.
Der Sommer-Garten ist eröffnet.
Schluss der Saison: Mittwoch, den 31. Mai.

Castan's Panopticum.

Neu:
Der Tod als Erlöser.
Neu:
Die Schrecken des Meeres.
Bauern-Aufstand!
Illusionist. Vorstellungen.
Irrgarten. — Schreckenskammer.



Passage-Panopticum.
Neu!
Berlin bei Nacht.
Colossal-Gruppe aus lebensgroßen Wachsfiguren.

Moabiters
Gesellschaftshaus.
Alt-Moabit 80 und 81.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung, sowie Concert.
Anfang 4 Uhr.
Entrée 30 Pf., reservierter Platz 50 Pf.
4127L.
Helmuth Peters.

Moritz-
Play.
Etablissement Buggenhagen.
Morgens.
Täglich: Instrumental-Konzert.
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch.
Spezial-Anschank von Vahner's Lagerbier, hell und dunkel.
An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
Entrée Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerz, Festlichkeiten etc.

Norddeutsche Brauerei.

58. Chaussee - Strasse 58.
Täglich:
Concert.
Wochentags Entrée frei.
Bei ungünstiger Witterung im Saal.
Die neu eingerichtete Kaffee-Küche ist den geehrten Gästen von 2 bis 6 Uhr geöffnet!
4146L.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins
Andreasstr. 23. Sp

Königl. italienischer Circus
Ernesto Ciniselli.
Stadtbahnstation
Zoologischer Garten.
Heute, Mittwoch, 24. Mai:
4. große
Gala-Vorstellung
unter Mitwirkung des gesammten Damen- u. Herren-Personals.
Kustr. v. Künstlerinnen u. Künstlerinnen 1. Ranges. Reiten u. Vorfähr. d. bestref. Schul- u. Freiheitspfl., sowie Ausfreten von Spezialitäten allerersten Ranges.
Hocheleg. lust. Sommercircus!
Alles Näh. die Tagesaffichen.
Anf. präz. 7 1/2 Uhr. Schluß gegen 10 Uhr.
Ernesto Ciniselli, Direktor.

Sommer-Theater Bockbrauerei
SW., Tempelhofer Berg.
Mittwoch, den 24. Mai, Anfang 7 1/2 Uhr.
Lustspiel — Posse — Operette — Ballet und Spezialitäten 1. Ranges.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Im prachtv. Sommergarten täglich
Gr. Garten-Concert
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Bei ungünstigem Wetter findet die Vorstellung im Saale statt.
Anfang: Sonntags 7 Uhr.
Wochentags 8 Uhr. Entrée 30 Pf.

Ostbahn-Park
am Rühriner Platz,
(Hermann Jmba)
Rildersdorferstr. 71, am Ostbahnhof.
Täglich: Konzert,
Theater u.
Spezialitäten-Vorstellung.
Pantomimische-Truppe Garston, urkom. Larymeter-Drochsenfaher, Mr. De Hollis, Regier-Excentric etc.
Vollbelustig, jeder Art. 4 Regelmäßig zur Verfügung.

Schmiedel's Festsäle,
Alte Jakobstrasse 32,
empfehle meine hocheleganten Säle zur Abhaltung jeder Art Festlichkeiten. Auch steht den geehrten Vereinen etc. der große Sommergarten zur Verfügung.
Wwe. E. Schmiedel.

Th. Boltz' Festsäle,
Alte Jakobstrasse 75. (3340b)
Gr. u. H. Säle 3. Vergn. u. Verf. a. Sonnab. u. Sonnt. Gr. schön. Garten.

Neue Welt.
Bergschloss - Brauerei.
Heute, Mittwoch:
I. Kinder-Fest mit Gratis-Lombola und Präsent-Vertheilung.
Finsterbuch-Konzert u. Artisten-Vorstellung.
Festzug, Bonbonregen, Puppentheater, Stangenklettern, Wettlaufen etc. etc.
Entrée: Erwachsene 15 Pf., Kinder 10 Pf. Donnerstag: 1. Feuerwerk.

Th. Keller's Hofjäger,
Hasenhaide, Bergmannstrassen-Ecke.
Heute, Mittwoch, den 24. Mai 1893: Erstes großes
Kinder-Fest mit Gratis-Verloosung.
Hahnenschlag, Sackhüpfen, Bonbonregen.
Großes Garten-Konzert und Ball.
Marionetten-Theater, Vollbelustig. Abends Fackelzug, bengal. Beleuchtung.
Anf. d. Konz. 4 Uhr. Entrée 15 Pf., vorh. 10 Pf., Kinderbill. nur a. d. Kaffe. A. Frölich.

Weimann's Volksgarten,
Gesundbrunnen.
Heute, Mittwoch:
I. Kinder-Freudenfest, verbunden mit Gratis-Verloosung.
Auftreten sämtlicher Spezialitäten ersten Ranges.
Gr. Konzert und Familien-Ball.
Anfang 4 Uhr. Entrée 20 Pf., Kinder 10 Pf. Max Weimann.
Morgen, Donnerstag: Erstes grosses Sommernachts-Fest. [79b]

Wichtig für sparsame Hausfrauen!
Kurtzig & Segall's Ersparniskaffee,
nach Dr. C. Bischoff, vereidetem Chemiker der Königl. Gerichte in Berlin, „hervorragend an Ergiebigkeit und Geschmack“, kostet nur 20 Pf. in 1/2 Pfundpacketen und ist somit
das billigste und beste Kaffeesurrogat der Welt.
Vorrätig in allen durch unsere Plakate kenntlichen Kolonialwaaren-handlungen Berlins und der Vororte.
Kurtzig & Segall, Dampfkaffeesurrogat-Fabrik.
Vertreter: N. Rosenthal, Berlin S., Alexandrinenstr. 46. [2462R]

Unserm Pfröpfenbruder **Wilhelm Neumann** zum heutigen Geburtstag ein donnerndes Hoch!
Pfröpfenverein Wedding.
Willkommen sei dieser Tag.

Als wir heute früh erdachten
Und an unsern Freund **August Lehmann** dachten,
Da fiel uns der Gedanke ein,
Dass heute Dein Geburtstag sei.
Dum wollen wir Dir herzlich gratulieren: Der alte Husar, er lebe hoch!
Die Putz-Kollegen 81b
vom Bau Brunnenstrasse.

Dem Genossen und Pfröpfenbruder **Emil Hoffmann** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreifach donnerndes Hoch! Du Weisenheber, die Fahrt war gut, noch zwei Läßener zu 15.
Die durchgeloofenen
Pfröpfenbrüder der „Eisernen Pfeife“. 73b

Todesanzeige.
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser Vater, der Tischler
August Fleischer,
am Sonntag, den 21. Mai, früh 8 1/2 Uhr, nach kurzem Krankenlager sanft und ruhig entschlafen ist. 84b
Die Beerdigung findet am 24. Mai, Nachmittags 6 Uhr, von der Halle des neuen Zwölfs-Apostelkirchhofs zu Schöneberg aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.
Allen Genossen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und gute Mutter **Rosalie Müller** nach langen Leiden sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. d. M., Nachm. 3 Uhr, vom Städtischen Krankenhaus nach dem Neuen Weisenheer Kirchhof statt.
Der tiefbetrübte Gatte
K. Müller, Restaurateur, und Tochter, König-Chaussee 38. 88b

Dankfagung.
Für die vielen Beweise der Liebe und Verehrung bei der Beerdigung der Frau **Münberg** für die erhabenen Grabgesänge, sowie für die trostreichen Worte des Genossen **Otto Thierbach** am Sarge der Verschiedenen sage hiermit im Namen der Hinterbliebenen meinen herzlichsten Dank.
87b
Emil Böhl.

Danksagung.
Für die zahlreiche Beteiligung sowie für die Kranspenden beim Begräbnis meines mir unvergesslichen Mannes **Richard Zierenberg** sage ich allen seinen Freunden und Genossen meinen herzlichsten Dank.
Berlin, im Mai 1893.
83b
Emma Zierenberg.

Brauerei Wedding.
48 Reinickendorferstr. 48
empfehle feinstes **Werbersch., Weiz-, Weizen- und Malzbier** in Flaschen und Gebinden: 1/10 T. à 1 Mk., 1/5 T. à 2 Mk. [4253b]
Bestellungen frei ins Haus.

Große öffentl. Wählerversammlung
des 2. Berliner Reichstags-Wahlkreises
am Donnerstag, den 25. Mai, Abends 8 Uhr, in der „Brauerei Tivoli“ am Kreuzberg.
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent Genosse **J. Auer.** 2. Diskussion.
846/7 Das Wahlkomitee.

Grosse Wähler-Versammlung
für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis
am Donnerstag, den 25. Mai cr., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn **Philipp, Rosenthalerstraße 38.**
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehende Reichstags-Wahl. Referent Kandidat **Robert Schmidt.** 2. Freie Diskussion. — Alle Wähler des 5. Berliner Reichstags-Wahlkreises sind hierzu eingeladen. 851/6
Das Wahlkomitee. J. A.: Rob. Drescher.

6. Wahlkreis.
3 öffentliche Wähler-Versammlungen.
1. Donnerstag, den 25. Mai, Abends 8 Uhr, bei **Noack, Brunnenstr. 16.** Referent **Koopmann.**
2. Donnerstag, den 25. Mai, Abends 8 Uhr, im **Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 35.** Referent **Augustin.**
3. **Freitag,** den 26. Mai, Abends 8 Uhr, in **Pape's Salon, Kolbergerstr. 23.** Refer. **Borgmann.**
Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Die bevorstehenden Reichstags-Wahlen. 2. Diskussion. 353/9 Die Vertrauenspersonen.

Große öffentliche Versammlung
behufs Organisation
sämtlicher in den Brauerei-Betrieben und Bier-Verlag beschäftigten Arbeiter und Hilfsarbeiter:
Böttcher, Schmiede, Sattler, Schlosser, Maschinisten, Fahrer, Mitfahrer u. s. w.
am Donnerstag, den 25. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, in den „Konfordia-Festsälen“, **Andreasstraße Nr. 64.**
Tagesordnung:
1. Vortrag des Bräuers **Gilbert.** 2. Diskussion. 3. Aufnahme von Mitgliedern. 4. Verschiedenes. 88/4
Der Einberufer.

Große öffentliche Versammlung
aller in Berlin anwesenden Genossen des Wahlkreises **Frankfurt-Lebus**
am Donnerstag, den 25. Mai 1893, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn **Tempel, Langestraße Nr. 65.**
Tagesordnung:
Die bevorstehende Reichstagswahl und wie sollen wir agitieren? Parteigenossen! Erscheint alle in der Versammlung, damit wir über die Agitation in unserer Heimath klar werden.
Der Einberufer.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Benthstraße 2.
Zur Reichstagswahl!
Sobald erschien in unserem Verlage:
Die Thätigkeit
des
Deutschen Reichstags
von
1890—1893.
ca. 12 Bogen Umfang. Taschenformat.
Preis 20 Pf.
In Partien und für Wiederverkäufer Rabatt.
Aus dem Inhalt dieser Broschüre heben wir hervor die Kapitel über Militarismus, indirekte Steuern, Sozialreform, (Gewerbeverträge, Gewerbeordnung, Krankenkassengesetz, Unfall- und Invaliditäts- und Altersversicherung), ferner über die moderne Produktion und das Handwerk.
In einem Anhang dazu werden das Wahlgesetz nebst Reglement sowie die Entscheidungen der Wahlprüfungskommission beigegeben werden. Das Schriftchen wird ferner Winte für die Agitation, vor allem auch für die Flugblattverteilung auf dem Lande, enthalten, und somit jedem Reichstagswähler ein willkommenes Handbüchlein für den jetzigen Wahlkampf sein.
Parteigenossen! Benutzt und verbreitet das oben angeführte Schriftchen fleißig, es wird in diesem Wahlkampf wesentlich dazu beitragen, die Genossen unseren Gegnern gegenüber schlagfertig zu machen und die Arbeit der Agitation zu erleichtern.
Wir ersuchen um sofortige Angabe des Bedarfs.
Alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungsdepoteure nehmen Bestellungen entgegen. Bei Aufträgen von außerhalb ersuchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages (Porto extra).

Aus der Schweiz

wird uns geschrieben:

Mit Spannung ist von den deutschen Sozialisten in der Schweiz der Handel um die Militärvorlage verfolgt und mit Freude die Auflösung des Reichstages begrüßt worden. Die Neuwahlen wirken eben auch belebend auf die ausländische Arbeiterbewegung, namentlich aber auf die im Auslande lebenden deutschen Sozialisten zurück. Der in Zürich domizillierte Landesauschuß der deutschen Vereine und Partei-Organisationen hat mit gewohnter Promptheit einige Tage nach der Reichstags-Auflösung einen Aufruf an die Genossen zur Unterstützung des Wahlkampfes erlassen und überallhin nebst den Aufrufen auch Sammellisten versandt. Wo eine größere Anzahl von Genossen vorhanden, finden zur Besprechung der Situation Versammlungen statt, die neue Begeisterung in die Reihen der deutschen Arbeiter bringen. Die Geldsammlungen sind im besten Gange. Anlässlich der 1890er Reichstagswahl brachten die Genossen in der Schweiz ca. 10000 Franken für den Wahlfonds auf. Mögen sie diesmal nicht dahinter zurückbleiben!

In Herisau, dem Hauptorte des Kantons Appenzell A. o. Rh., beschloß die Gemeindeversammlung den Besuch der Fortbildungsschule obligatorisch zu machen und den Unterricht selbst in die Zeit von 5 bis 7 Uhr Nachmittags zu verlegen, während er bisher von 7 bis 9 Uhr Abends stattfand.

Montag, den 15. Mai, trat der zürcherische Kantonsrat zur konstituierenden Sitzung zusammen. Die 11 sozialdemokratischen Mitglieder haben eine selbständige Fraktion gegründet.

In Bern ist am Montag eine vom eidgenössischen Industrie-departement einberufene 40gliedrige Kommission, der unter anderem auch Arbeitersekretär Greulich und Advoкат Scherrer als Vertrauensleute der Arbeiter angehören, zusammengetreten, um über die im Auftrage des genannten Departements vom Nationalrat Forrer, Advokat in Winterthur, ausgearbeiteten Gesetzentwürfe, betreffend Kranken- und Unfallversicherung zu beraten. Der Krankenversicherungsentwurf ist heute in der Presse veröffentlicht worden. Er enthält nur, was sein Verfasser in mehreren Vorträgen als seine bezüglichen Anschauungen ausgesprochen hat. Darnach werden alle unselbständig Erwerbenden vom zurückgelegten 14. Lebensjahre an versicherungspflichtig; aufgenommen sind Beamte und Angestellte mit mehr als 5000 Franken Jahresgehalt. Den nicht Versicherungspflichtigen ist der freiwillige Beitritt gestattet. Der Kranke hat Anspruch auf medizinische Behandlung und Medikamente, ferner auf Instrumente, wie Brillen, Bruchbänder etc., und auf Ersatz der Transportkosten. Ferner bezieht er vom dritten Tage an zwei Drittel seines Tagelohns; das Maximum des Krankengeldes beträgt indessen 5 Franken. Die Krankenbeiträge sollen mindestens 3 und höchstens 5 pCt. des Arbeitslohnes betragen, wovon Unternehmer und Arbeiter je die Hälfte zu tragen haben. Die Träger der Krankenversicherung sollen sein: die Gemeinde-Krankenkasse, die Betriebs-Krankenkassen und die freien Krankenkassen. Nach dem Entwurf soll das Gesetz am 1. Januar 1895 in Kraft treten.

Die Forderungen der organisierten Arbeiterschaft, wie sie erst jüngst wieder vom schweizerischen Arbeitertag in Biel formuliert wurden, weichen in mehreren wesentlichen Punkten von dem Forrer'schen Entwurf ab. So verlangen sie ungeschmälerte Selbstverwaltung der Krankenkassen durch die Arbeiter, von denen die Beiträge allein geleistet werden sollen, ferner die unentgeltliche, nötige Spitalversorgung und die Organisation der Krankenkassen nach Berufen oder Erwerbszweigen. Ob in diesem Sinne der Forrer'sche Entwurf abgeändert und Ob es werden wird, darüber läßt sich vorläufig nichts sagen, indessen scheinen die Aussichten hierfür nicht sehr günstige zu sein.

Parteinachrichten.

Zur gefälligen Beachtung! Ich bin von heute ab verreist und komme erst zum 14. Juni zurück; auch wichtigere Briefe können daher keine sofortige Beantwortung finden.

A. Sebel.

Von der Agitation. In äußerst stark besuchter Volksversammlung sprach kürzlich Lieblincht in Bielefeld über den Antisemitismus und die Militärvorlage. Die Versammlung erklärte Lieblincht, den sie mit stürmischem Jubel empfing, hatte, ihr Einverständnis mit seinen Ausführungen und versprach mit aller Energie für die Wahl des sozialdemokratischen Reichstags-Kandidaten, Rechtsanwalts Landé in Elberfeld, einzutreten zu wollen.

Am 14. d. M. fand in Prißwalle im Lokale des Herrn Weiraß zu Meyenburg eine Versammlung statt, die über Erwarten gut besucht war. Nach vor der Eröffnung bewies die bellige Person dabei ihre Macht dadurch, daß der überwachende Beamte die anwesenden Frauen und jugendlichen Arbeiter hinauswies. Trotzdem der schneidige Herr durch den Referenten, den Reichstagskandidaten Tischlermeister Franz Berndt aus Berlin, auf das Ungeheuerliche seiner Handlungsweise aufmerksam gemacht worden war, bestand er auf seinem Willen. Nach diesem Intermezzo begann Franz Berndt sein Referat über die Sozialdemokratie und die bevorstehende Reichstagswahl, das großen Beifall fand. Nach Schluß des Referats meldete sich ein Herr, der zu wissen wünschte, wie wir uns die Abschaffung des Privateigentums und die Bewältigung der Ernte in der sozialdemokratischen Gesellschaft dächten. Damit glaubte er, dem Referenten eine Nuß präsentiert zu haben, die dieser nicht aufknacken könnte. Doch erlief er bald und offenbar zu seinem großen Leidwesen, daß sich sozialdemokratische Redner nicht so leicht abschrecken lassen, denn es wurde ihm eine ganz gehörige Aufklärung zu teil. Das Negerliche für den Mann war aber folgendes: Als der Referent im Schlußwort die Arbeitsfreundschaft der freisinnigen Partei beleuchtete, stellte er die Frage an die Anwesenden, ob sie wieder einem solchen Manne ihre Stimme geben wollten; da war der erwähnte Interpellant der Einzige, der mit „Ja“ antwortete, dagegen dröhnte ihm ein hundertstimmiges „Nein“ entgegen, das den Ordnungsparteiler nicht wenig verblüffte. Nach vor kurzer Zeit hatten Meyenburger „Ordnungsleute“ eine Versammlung abgehalten, worin man der Meinung Ausdruck gab, in Meyenburg gäbe es keine Sozialdemokraten, folglich hätten die 11 sozialdemokratischen Heher dort auch nichts zu suchen. Der Ausfall der neuerlichen Versammlung wird sie eines Anderen belehrt haben. So ist es denn der Sozialdemokratie gelungen, in die sogenannte Goldede der Ost-Prignitz, wie man Meyenburg nennt, einzudringen, und bereits beginnt dort das „sozialistische Giftkraut“ mächtig empor zu schießen. Die kommende Wahl wird beweisen, daß die Agitation nicht umsonst entfaltet worden ist.

Dem Düsseldorf Stadtrath ist vom sozialdemokratischen Wahlkomitee folgender dringliche Antrag überreicht worden: Die hohe Versammlung wolle beschließen, daß die Aufnahmebestimmung vom 23. Februar 1891, wonach die der sozialdemokratischen Partei zugehörigen Einwohner hiesiger Stadt vom Benützungsberecht der hiesigen Tonhalle hinsichtlich der Abhaltung von Versammlungen ausgeschlossen sind, für die Zeit

der Wahlbewegung außer Kraft zu setzen ist und dem unterzeichneten Komitee der Kaiserstraßen der Tonhalle zu einer einmaligen Wählerversammlung überlassen wird. Begründung: Die Sozialdemokraten Düsseldorf sind bisher zur Ausbringung der öffentlichen Mittel unserer Stadt ebenso stark herangezogen worden, wie die Bekenner anderer Parteirichtungen. Es ist ihnen von ihren Pflichten nicht das geringste erlassen worden, womit die Sonderstellung, welche das Stadtordeknien-Kollegium ihnen gegenüber einzunehmen beliebt, sich irgendwie rechtfertigen ließe. So lange nun die Stadtverwaltung die Sozialdemokraten nicht auch von ihren Pflichten entbindet, sondern ihnen nach wie vor dieselben Steuerlasten auferlegt wie den übrigen Mitbürgern, so lange beharren sie auch darauf, daß sie dieselben Rechte zu beanspruchen haben, deren sich andere Mitbürger erfreuen. Ob die Mitglieder des Stadtrathes die Bestrebungen der Sozialdemokraten theilen oder verurtheilen, kann hierbei gar nicht in Betracht kommen, denn ein städtischer Verwaltungskörper ist weder befugt noch befähigt, über die Berechtigung einer geschichtlich und ökonomisch notwendigen Strömung der Gegenwart zu Gericht zu sitzen und im übrigen — will doch wohl Düsseldorf kein Krähwinkel sein! — Wenn das Stadtordeknien-Kollegium den schönen Grundsat: „Was dem Einen recht, ist dem Andern billig“ nicht mit Füßen treten will, dann kann dem Antrag des Komitees nur stattgegeben werden, oder aber es muß die Bestimmung getroffen werden, daß die Tonhalle allen übrigen Parteien zur Abhaltung von Versammlungen gleichfalls verschlossen bleibt.“

Sächsische Landtagswahlen. In einer Zwickauer Parteiversammlung war Genosse Hermann Schmidt in Zwickau als Kandidat für die Stadt Zwickau (41. sächsischer Wahlkreis) aufgestellt worden. Unter Voraussetzung der Zustimmung der Zwickauer Parteigenossen hatte aber die Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie Schmidt für den 37. ländlichen Wahlkreis als Kandidat in Aussicht genommen und an seiner Statt den Genossen Weder in Bielefeld bei Dresden zum Kandidaten für Zwickau bestimmt. Die Zwickauer Parteigenossen haben jedoch in ihrer Versammlung am 14. Mai an der Kandidatur Schmidt's einstimmig festgehalten, da für die sächsischen Landtagswahlen Doppel-Kandidaturen zugelassen sind.

Zur Agitation für die Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts in Oesterreich werden die Wiener Sozialdemokraten am 18. Juni drei große Volksversammlungen abhalten. Eine soll in der Volkshalle stattfinden, während man die anderen unter freiem Himmel auf dem Plage vor dem Rathhause und im Arkadenhofe des Rathhauses abhalten will.

Die badische Sozialdemokratie veröffentlicht im Offenburger „Volksfreund“ folgende bezügliche Kundgebung: „An das Gr. Bad. Ministerium des Kultus und der Justiz in Karlsruhe möchten wir uns das zeltgemäße Ersuchen gestatten, durch eine gemeinverständliche Kundgebung den unteren Polizeibehörden begreiflich zu machen, daß während der derzeitigen Wahlperiode die deutschen Reichsbürger im badischen Lande ohne Unterschied ihres politischen Bekenntnisses an der Ausübung der gesetzlich gewährleisteten Bürgerrechte nicht beeinträchtigt werden dürfen. Wir machen dem hohen Ministerium die Mitteilung, daß verschiedene Wahrnehmungen uns zu der Annahme berechtigen, es befänden sich hienun und dannen im liberalen Lande Baden eiliche Beamte noch in dem unverzeihlichen Irrthume, das selbige Sozialistengesetz dürfe noch mit all seinen Maliceen im Namen des Reiches angewendet werden. Auch die Handhabung des Versammlungsrechtes widerspricht vielfach dem Gesetz und Recht. Wir badischen Sozialdemokraten möchten auch in dieser Hinsicht unseren heimathlichen Bundesstaat nicht am Spieß der Rückwärtler marschieren sehen und wenden uns deshalb auf diesem Wege an die Regierung. Zugleich sind wir besorgt, alle die Vorkommnisse, welche als Kriterien zu unserer Auffassung gelten können, durch den „Volksfreund“ und die „Volksstimme“ zur Kenntniß der Regierung zu bringen. Eventuell empfehlen wir unseren sozialdemokratischen Abgeordneten in der badischen Kammer, dafür zu sorgen, daß die Verträge gegen die Rechte unserer Reichstagswähler in der nächsten Session des Landtages gebührend zur Sprache gebracht werden.“

Die Sozialdemokratie Süd-Ungarns hält am 11. Juni in Lemesvar eine Parteikonferenz ab, für die folgende Tagesordnung festgesetzt ist: 1. Situationsberichte der Delegirten, 2. Organisation und Agitation der Partei, 3. Presse, 4. Stellungnahme zum internationalen Kongress in Zürich, 5. Konstituierung der südungarischen Bezirksvorstehung, 6. Anträge.

Tobtenliste der Partei. In Oespel in Westfalen ist am 13. Mai der Bergarbeiter Heinrich Bartels gestorben. Er war einer derjenigen, auf die man unbedingt zählen konnte, wenn es galt, für die Partei einzutreten. — In Erfurt verschied ebenfalls ein treuer Parteigenosse, der Tischler Emil Scheit.

In Wien starb am 7. Mai der pflichttreue Parteigenosse Ignaz Lasch, 31 Jahre alt.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— In Stettin wurde Redakteur Heribert von der Anklage der angeblichen Beleidigung des Gendarmen Bamberg in Grabow freigesprochen. Die Beleidigung sollte in einem Artikel des „Volksboten“ erfolgt sein, worin mitgeteilt war, der Gendarm habe dem Gastwirth Eitmann Ohrfeigen angeboten. Bamberg bestritt dies, Eitmann und drei andere Zeugen aber bestätigten die Angaben des „Volksboten“. Wegen eines zweiten Artikels, worin mitgeteilt war, ein Härtler sei in der Kaserne von einem Lieutenant mit dem Ellenbogen ins Gesicht gestoßen worden, wurde Heribert zu 150 M. Geldstrafe verurtheilt, weil das Gericht den Wahrheitsbeweis nicht für erbracht hielt. Vier Zeugen, die damals eine Reservierung mitgemacht hatten, behaupteten, daß die Angaben des „Volksboten“ richtig sei; ein Zeuge aber, der zu jener Zeit als Soldat gedient hatte, erklärte das Gegenteil und der betreffende Lieutenant, der sich beledigt fühlte, bestritt den Vorgang gleichfalls. Endlich wurde Heribert wegen Aufnahme eines Eingekleideten des Parteigenossen Voigt zu 50 M. Geldstrafe oder 5 Tagen Gefängniß wegen Mithäterchaft verurtheilt, während Voigt als Urheber 300 M. bezahlte oder 30 Tage Gefängniß verbüßen soll. In dem Eingekleideten, das noch aus dem Jahre 1891 herrührt, war einem Gendarmen unehrliche Verhaftung eines Rutschers zur Last gelegt. Die vierte gegen Heribert erhobene Anklagesache — Beleidigung des Magdeburger Staatsanwalts Maizier im Falle Peus betreffend — wurde verlagert, da die Akten, aus deren Verbeistattung der Vertheidiger bestand, noch nicht zur Stelle waren. — In Grabow bei Stettin wurde der Parteigenosse Vorkmann wegen Gendarmenbeleidigung zu 150 M. Geldstrafe verurtheilt. Der Gerichtshof sah von der beantragten Gefängnißstrafe — der Staatsanwalt hatte 2 Monate beantragt — nur ab, weil Vorkmann noch unbestraft war.

— Ueber den Prozeß gegen Hänfeler in Mannheim im soll, wie bürgerliche Blätter berichten, am 31. Mai verhandelt werden.

— Ein höchst bemerkliches Urtheil ist vom Amtsgericht in Wülster (Schleswig-Holstein) gefällt worden. Dort wurden die Parteigenossen Roste, Castens und Mohr wegen öffentlicher Verbreitung von Druckschriften ohne polizeiliche Genehmigung zu 50 und 80 M. Geldstrafe oder 10 und 6 Tagen Haft verurtheilt unter Bezugnahme auf folgende „Gründe“. Die Angeklagten haben am 26. Februar 1893 zu Wewelsfleth Druckschriften sozialdemokratischen Inhalts in Privathäuser vertheilt, indem sie von Haus zu Haus gingen, durch die Hausfluren sich in die Wohnstuben begaben (wobei sie die Thüren stets hinter sich geschlossen haben wollen) und dort die Druckschriften hinlegten oder abgaben mit den Worten: „Hier ist etwas zu lesen.“ Sie haben die Vertheilung in Privathäusern vermieden und nur Privathäuser aufgesucht. Die polizeiliche Genehmigung zur Vornahme der Vertheilung ist vorher nicht eingeholt worden. In dem vorstehenden Thatbestande ist eine Uebertretung gegen §§ 10, 41 des preussischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 enthalten, welche Bestimmungen noch zu Recht bestehen (Urtheile des königl. Kammergerichts in Berlin vom 30. Juni 1887 und 2. Juli 1888). Aus diesen Entscheidungen ergibt sich auch, daß unverschlossene Hausfluren zu den öffentlichen Orten im Sinne des § 10 cit. zu rechnen sind. Im vorliegenden Falle ist das Vertheilen der Druckschriften als von den unverschlossenen Hausfluren aus erfolgt anzusehen. Denn das (widerrechtliche) Eindringen in die Wohnstuben und das Aufdrängen der Schriften mit den Worten „Hier ist etwas zu lesen“, macht dem Akt nicht zu einer privaten Vertheilung, vielmehr bewirkt das Vertragen von Haus zu Haus, daß die Vertheilung als eine öffentliche anzusehen ist, wobei insbesondere noch hervorzuheben ist, daß die Vertheilung auch in einem Hause, in welchem sich ein Kaufmannsladen befand und daher ein häufiges Ein- und Ausgehen von Personen stattfindet, vorgenommen wurde. Der § 43 Absatz 5 der Reichsgewerbe-Ordnung findet im vorliegenden Falle keine Anwendung. Demnach steht thatsächlich fest: daß die Angeklagten am 26. Februar 1893 zu Wewelsfleth an öffentlichen Orten Druckschriften vertheilt haben, ohne dazu die Erlaubniß der Ortspolizeibehörde erlangt zu haben, Uebertretung gegen §§ 10, 41 des Preuss. Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 und § 30, Abs. 2 des Reichs-Preßgesetzes vom 7. Mai 1874. Straffähig ist die Gefährlichkeit in Betracht gezogen worden, welche in der nichtobrigkeitlich zugelassenen Verbreitung von Druckschriften durch die Einwirkung derselben auf Personen liegen kann und sind ferner die Vorstrafen der Angeklagten wegen der gleichen Uebertretung berücksichtigt worden. Demgemäß ist erkannt worden wie geschähen unter Anwendung der §§ 497 u. f. w. St.-P.-O. hinsichtlich der Kosten des Verfahrens. gez. Hall.“

Unser Wissen steht dieses Urtheil mit der bisherigen Praktik der Gerichte durchaus in Widerspruch. Die Berufung, die natürlich eingelegt worden ist, wird hoffentlich ergeben, daß das Amtsgericht in Wülster mit seinem Urtheile nicht ins Schwarze traf.

— Die in Stendal am Sonnabend beschlagnahmten Exemplare eines Flugblatts „Mutter, was läßt denn der Gendarm so?“ sind während der Feiertage wieder freigegeben worden. Die für Pfingsten geplant gewesene Agitationstour ist durch die ungerechtfertigte Handlung der Polizei leider vereitelt worden. Die Parteigenossen werden aber dafür sorgen, daß das Verfaßte doppelt und dreifach nachgeholt wird.

— Der Redakteur der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“, Hans Bloch, sollte durch Veröffentlichung eines Artikels über den 18. März zu Gewaltthätigkeiten aufgereizt haben. Das Dortmunder Landgericht sprach ihn frei.

Lokales:

Achtung, Parteigenossen des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises! Alle diejenigen Parteigenossen, welche gewillt sind, thätig zu sein, hauptsächlich während der Wahl, können sich melden bei den Vertrauenspersonen

Job. Farr, Wilsnaderstr. 49,
Wilh. Marien, Adlerstr. 44,
Guß. Bieler, Adlerstr. 29,
Eduard Wingau, Jionskirchstr. 7.

Ferner geben wir hiermit bekannt, daß am Sonntag, den 28. Mai, früh 7 Uhr, ein Flugblatt verbreitet wird. Dasselbe ist an folgenden Stellen abzuholen: Für Moabit: Hermschmidt, Verlebergerstr. 23; für Oranienburger Vorstadt: Hilgenfeld, Bergstr. 60; für Wedding: Gieshoit, Boyenstr. 40, Kleinert, Fennstraße, Bahre, Gerichtstr. 19; für Gesundbrunnen: Huserland, Wellermannstr. 67; für Rosenthaler Vorstadt: Bieler, Adlerstr. 29, Raabe, Ruppinerstraße, Meinhardt, Pappel-Allee 3/4; Schönhauser Vorstadt: Liehle, Schwedterstr. 33.

Zur Einsichtnahme in die Wählerlisten hat sich auch der Schankwirth Gustav Anders, Faldensteinstr. 5, erbolen.

Die Sammelliste Nr. 469 zum Wahlfonds ist verloren gegangen. Es wird gebeten, sie in der Expedition des „Vorwärts“ abzugeben.

Die Liste Nr. 811 zum Besten der streikenden Riemenbrecher in Barmen ist verloren gegangen. Es wird gebeten, dieselbe anzuhalten und eventuell bei Mann, Alte Jakobstraße 66, abzuliefern.

An die Wähler Rummelsburg-Voghtagen. Die Wählerlisten für Rummelsburg-Voghtagen liegen bis inklusive 27. Mai aus. Verjäume keiner, dieselben einzusehen.

Die Vertrauensperson.

Das „Sozialdemokratische Liederbuch“ von Max Regel, J. G. M. Dieß's Verlag 4. und 5. Auflage, ist am Sonnabend in der Simon'schen Volksbuchhandlung wieder einmal beschlagnahmt worden. Die Lieder in diesem Buche müssen der Polizei schwer im Magen liegen, denn immer und immer wieder konstatirt dieselbe das Verbrechen. Schade, daß sie nicht auch die Köpfe, in denen die Lieder haften, und die Reihlen, welche sie singen, konstatiren kann.

Eine eigenartige Pfingstüberrraschung wurde Besamien der Staatsanwaltschaft I Berlin zu theil. Wie die Statistik des Justiz-Ministerialblattes beweist, leidet gerade die Staatsanwaltschaft nicht an Arbeitslosigkeit, sondern an vermehrter Arbeit. Die Folge davon ist eine außerordentliche Inanspruchnahme der Kräfte der Beamten. Ueberzeugen kann sich hier von ein jeder, der Abends Alt Moabit passirt, er kann an einzelnen Bureauflurern noch Licht erblicken, während der ganze übrige Theil des Justizpalastes im Dunkeln

liegt. Dieser Zustand war auf die Dauer nicht haltbar; mehrere Beamte wendeten sich deshalb an den Ersten Staatsanwalt mit der Bitte um Abhilfe unter gleichzeitiger Ablehnung jeder Verantwortung. Auf Anweisung des Herrn Ersten Staatsanwalts theilten indes einige Abtheilungsvorsteher als Antwort auf die Vorstellung der Beamten mit: Der Dienst müsse um 2 Stunden täglich verlängert werden, auch müssten Bureaubeamte am ersten und zweiten Pfingstfeiertag, Mittags von 11-1 oder von 12-2, Dienst thun. Man ersieht aus der Ueberlastung aus dieses Theils der unteren Beamten, daß der Staat infolge der kolossalen Summen, die der Militarismus verschlingt, nicht einmal für diese, dem Staat doch sehr am Herzen liegende Behörde so viel Geld erübrigen kann, daß die wünschenswerthe Beschleunigung der eiligen Sachen (insbesondere Justizsachen) ohne Ueberanstrengung auch dieser Beamten erreicht werden kann.

Mit welcher Wichtigkeit sich das Unternehmertum über die schon so winzigen Arbeiterschutzbestimmungen hinwegsetzt, wenn es sich um die Ausnutzung selbst jugendlicher Arbeitskräfte handelt, mag folgendes illustriren:

Eine Hoffmeister-Firma in einer der vornehmsten Straßen Berlins besitzt eigene Werkstätten, die unter der Leitung eines Werkmeisters stehen.

Nach § 186 der Gewerbe-Ordnung muß den jugendlichen Arbeitern unter 16 Jahren eine 1/2stündige Frühstückspause gewährt werden. Interessant ist es nun, wie die Firma resp. der Werkmeister diese Bestimmung zu umgehen weiß. Die Lehrlinge müssen sich vor Eintritt ihrer Frühstückspause bei diesem Herrn melden und fragen, ob Geschäftsgänge zu besorgen sind. Es ist selbstverständlich, daß nun immer Lausereien für die Lehrlinge zu erledigen sind, die sonst zu anderen Tageszeiten gemacht werden müßten, und so wird denn die Frühstückspause der Lehrlinge geschäftlich ausgenutzt und die gesetzlichen Bestimmungen umgangen. Ferner ist bemerkenswert, daß, trotzdem es das Gesetz untersagt, hochschwangere Arbeiterinnen länger als gewöhnlich zu beschäftigen, eine dort beschäftigte Arbeiterin nach Feierabend arbeiten muß und als sich dieselbe weigerte, länger wie eine Stunde nach Feierabend zu arbeiten, mußte sie dafür am anderen Tage Morgens um 1/6 Uhr anwesend sein. Die Bestimmungen über die Innehaltung der Sonntagsruhe scheinen für den Werkmeister ebenfalls nicht vorhanden zu sein. Der § 8 der von diesem geschaffenen Arbeitsordnung bestimmt ferner, daß die Arbeitszeit im Sommer von Morgens 7 bis Abends 6 Uhr währt mit 1/2stündiger Mittagspause. Häufig jedoch müssen die Arbeiter über Mittag durcharbeiten und dann noch weiter nach Feierabend bis 10 und 11 Uhr, und so hat sich denn mittels einer Zusammenstellung herausgestellt, daß von 29 dort beschäftigten Arbeitern pro Woche durchschnittlich ca. 100 Ueberstunden gemacht worden sind. Um jedoch diese Ausnutzung der Arbeiter recht zu versehen, soll noch angeführt werden, daß zur Zeit in Berlin fast die Hälfte sämtlicher Goldarbeiter-Gehilfen arbeitslos resp. ohne genügende Beschäftigung ist.

Die Schöneberger Gemeindevertretung hatte im vergangenen Winter an Arbeitslose Psephologen vertheilt; sie hatte hierbei ausdrücklich erklärt, daß diese kleine Beihilfe nicht als Armenunterstützung angesehen werden solle, die der Empfänger nur auf Kosten seiner Bürgerrechte empfangen. Jetzt vor der Reichstagswahl sind nichts desto weniger eine große Anzahl Wahlberechtigter auf Grund der empfangenen Unterstützung aus den Wählerlisten gestrichen. Offenlich wird von den Genossen, welche in der Gemeindevertretung sitzen, der Antrag gestellt werden, die Gestrichenen in die Wählerlisten einzutragen. Jedem, falls dieser Vorfall in Zukunft zur Warnung vor kommunaler Mißthätigkeit, die der Arme mit dem höchsten Preise, dem Verlust seines Wahlrechts, zu bezahlen hat.

In der Waffregelung in der Modelistischerlei von J. C. Pass, die wir in der Nummer vom 19. Mai mittheilten, wird uns zur Ergänzung berichtet, daß nicht etwa bloß die drei Entlassenen, sondern über 185 Arbeiter des Establishments am 1. Mai gefeiert haben und nur an jenen drei Arbeitern ein Exempel statuirt wurde.

Am ersten Pfingstfeiertag wurde der Frau des Tischlers Daniel Holzmann in dem Gutzeischen Gartenlokal (Zuhaber Jah), Landberger Allee, von einem Kellner ein Bierfeld auf den Kopf geworfen und die Frau ziemlich stark verwundet. Nachdem der Wirth den Namen des Kellners dem Manne genannt hatte, verschwand der betreffende Kellner von der Bildfläche.

Ein an den Steglitzer Unglücksfall unwillkürlich erinnerndes Unglück ereignete sich am 1. Pfingstfeiertag Abends gegen 9 Uhr auf dem Bahnhof der Nordbahn „Schönholz-Reinickendorf“. Nach amtlicher Darstellung ist der Sachverhalt folgender: Als der von Straßund kommende Schnellzug die genannte Station passirte, standen gegen 600 Passagiere auf dem Perron, welche mit dem Zuge nach der Bernauerstraße fahren wollten. In dem Glauben, daß dies der fahrplanmäßige Zug sei, drängte das bereits mit Fahrbillets versehene Publikum nach der verschlossenen Barriere mit solcher Gewalt, daß der davorkommende Bahnwärter dem Andrang nicht widerstehen konnte und die Barriere aufging. Sofort drang die Menge von hinten nach und die vorgeführten 15 Jahre alte Ida Triemer, Tochter des in der Fionckirchstraße 13 wohnhaften Malers C. Triemer, welche mit einer mit den Eltern besessenen Familie einen Ausflug gemacht hatte, wurde von der Lokomotive des durchfahrenden Zuges gefaßt und am Kopfe derartig schwer verletzt, daß sie nach wenigen Minuten den Geist aufgab. Die Leiche wurde, nachdem der herbeigerufene Arzt Dr. Berliner in Reinickendorf den bereits eingetretenen Tod konstatirt hatte, sofort nach dem Leichenschauhause in Reinickendorf gebracht. Dem am Montag Mittag an der Unglücksstelle anwesenden Vater der Verunglückten wurde noch ein Regenschirm, ein goldenes Armband, eine goldene Brosche, zwei Schildpatt-Haaradeln und ein Paar blutbesetzte Handschuhe übergeben. Die Mantille der Unglücklichen wurde erst auf dem Steinitzer Bahnhof von der Lokomotive abgenommen. Eine Sekunde später, und es wäre das Unglück unberechenbar gewesen. Die gerichtliche Untersuchung und auch namentlich, ob etwa den Bahnwärter eine Schuld trifft, ist sofort eingeleitet. Etwaige Zeugen können sich bei dem Vater melden.

Ein ruchloses Verbrechen, welches anfänglich als Unglücksfall ausgelegt wurde, ist am ersten Pfingstfeiertag in Spanbau begangen worden. In dem Fröbischen Restaurant „Neue Welt“, Brunnenwaldstraße, fanden während des Pfingstfestes Spezialitäten-Vorstellungen statt und neben andern Künstlern traten auch die unter dem Namen Brothers Bährwell bekannten Thurmseilläufer Westphal und Beer auf einem 65 Fuß hohen Drahtseil auf. Am Sonntag begann die Vorstellung um 3 Uhr und nahm vor einem tausendköpfigen Publikum, welches den geräumigen Garten bis auf den letzten Platz füllte, einen befriedigenden Verlauf; gegen 5 Uhr betreten Brothers Bährwell das Seil, um ihre Kunststücke auszuführen. Alles ging sehr gut bis zur letzten und schwierigsten Nummer. Beer setzte sich auf einen auf das Seil gestellten Stuhl, die Balace mit einer 10 Meter langen Stange haltend, während Westphal auf der Leine des Stuhls eine Kopsstellung ausführte. In demselben Augenblick, als Westphal auf das Seil zurücktreten wollte, machte dieses plötzlich heftig schaukelnde Bewegungen, dadurch verloren beide Akrobaten ihren Halt und stürzten in die Tiefe. Westphal, welcher den Stuhl noch hielt, schleuderte während des Falles denselben in das Sicherheitnetz, während er selbst infolge dieser Bewegung im Dogen hinunterfiel. Im Falle stürzte Westphal die Kante des Netzes und schlug alsdann mit solcher Gewalt gegen einen Stuhl im Garten, daß die Folglehne zer-

splitterte. In unmittelbarer Nähe dieser Stelle stand auf einem Stuhl, um besser sehen zu können, die 12jährige Anna G. Ob der stürzende Akrobat nun den Stuhl des Kindes beim Fallen gestreift oder die kleine G. den Stuhl um sie hand, selbst umgeworfen, ist nicht festzustellen gewesen. Kurzum, der Stuhl des Kindes fiel um, die kleine fiel mit dem Kopf auf die Leine eines anderen Sessels und brach sich das Genick, was den sofortigen Tod der Anna G. zur Folge hatte. Beer hatte im Falle noch das Seil erfassen können und sich so gerettet. Die sofort durch die hinzugezogene Polizei vorgenommene Untersuchung ergab, daß das Unglück durch ein nichtwichtiges Verbrechen verursacht worden ist: Zur Spannung des Seiles werden Sandsäcke, sogenannter „Federballast“ benutzt, welche an dem Netz befestigt werden; da das Netz hinwiederum mit dem Seil durch Tauwerk in Verbindung steht, so üben die Ballastsäcke auf das Seil eine schwach federnde Bewegung aus, welche zur Sicherung der Akrobaten notwendig. Nun hat ein Mann, wie verschiedene Augenzeugen angeben, in dem Augenblick, als die Stuhlproduktion ausgeführt wurde, einen der Ballastsäcke angehoben, so daß hierdurch eine Schaukelbewegung des Seiles eintrat und dadurch der Sturz des Akrobaten hervorgerufen wurde. Der Thäter, der wahrscheinlich aus „Freundschaft“ für einen anderen Thurmseilläufer die That ausgeführt hat, ist bereits ermittelt; Kontrarenzhaft und Meid über das Engagement der Gebrüder Bährwell soll die Veranlassung zur Begehung der That gegeben haben. Westphal hat bei dem Absturz schwere Kopfverletzungen und eine Verletzung des linken Beines erlitten. Die kleine G., das Opfer der Katastrophe, ist die zweite von 5 Kindern der Arbeiter G. fischen Eckerte aus Pichelsdorf; das Kind war ohne Erlaubnis der Eltern allein nach dem Lokal „Neue Welt“ gegangen. Erwähnen wollen wir noch, daß vor einigen Jahren ein ähnlicher Substanzfall gegen die Brother Bährwell ausgeführt worden ist. Damals war das Seil durchgeföhrt worden, so daß es bei der Produktion riß und damals Beer mehrfache Brüche an Armen und Beinen erlitt.

In relognoszieren. Heute Morgen um 6 Uhr wurde aus dem Landwehrkanal bei dem Zoologischen Garten die Leiche eines etwa 45 Jahre alten Mannes gelandet. Der Unbekannte, der von schwächlicher, kleiner Gestalt ist, hatte einen schwarzen Hut und Regenschirm bei sich und war mit einem braunen Ueberzieher, schwarzem Beinleid, braunen Strümpfen und weißem Unterzeug bekleidet, das das Zeichen J. K. 10 trägt.

Die Leiche eines circa 90 Jahre alten Mannes wurde gestern (Montag) gegen acht Uhr Vormittags von Schiffen im Humboldthafen bemerkt und am Dampftrahn Nr. 2 ans Land gebracht. In den Taschen des Toten fanden sich Notizen vor, welche auf die Person eines Richard Träger hinweisen.

Selbstmorde. In Künstlerkreisen macht der Selbstmordversuch des bekannten Orientalers Adolf von Meckel großes Aufsehen. Der Künstler hatte gestern Morgen seine Wohnung in der Maassenstraße verlassen; als er nicht heimkehrte, suchte man ihn heute Morgen in seinem Atelier Lützowstr. 60a und fand ihn mit einem Schuß in der linken Brust dort in einer Blutlache liegen. Er wurde in das Augenhospital überführt. Was den 85 Jahre alten, unverheiratheten Mann zu der That getrieben haben kann, ist vorläufig nicht festzustellen. — Am Sonntag fand man den 47 Jahre alten Fabrikanten Emil Vogelgang, der in dem Hause Kommandantenstraße 60 eine Fabrik von künstlichen Blumen betrieb, auf dem Boden des Hauses erhängt vor. Vogelgang scheint die That in einem Anfall von Geistesstörung begangen zu haben.

Polizeibericht. Am 20. d. Mis. Vormittags wurde ein vierzehnjähriger Kaufbursche in der Wohnung seines Prinzipals in der Jerusalemstraße erhängt vorgefunden. — Vor dem Hause 42a fiel Nachmittags ein Mitsfahrer während der Fahrt vom Holwagen, geriet unter die Räder und erlitt bedeutende Querschnitten am Fuße und am Oberschenkel, so daß er nach der Charite gebracht werden mußte. — Hinter dem Grundstück Fruchtstr. 1/2 wurde die Leiche eines etwa 60-jährigen Mannes aufgeschwemmt. — An der Ecke der Oranienburger- und Krausenstraße fiel Abends eine Frau beim Absteigen von einem Pferdebohrwagen zur Erde und brach das Schließelbein. In der Nacht zum 21. d. Mis. erhängte sich ein Buchhalter auf dem Boden des Hauses Kommandantenstr. 60. — Abends fiel ein Droschkenfahrer während der Fahrt in der Thiergartenstraße vom Boche seiner Droschke, wurde überfahren und erlitt hierbei erhebliche Verletzungen im Gesicht und an den Händen. — Am 22. d. M. Morgens wurde auf dem Hofe des Grundstücks Chausseestr. 111 im Müllkasten die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. — Im Humboldthafen wurde Vormittags die Leiche eines etwa 35-jährigen Mannes aufgeschwemmt. — Vor dem Hause Adalbertstraße 96 fiel Abends ein Mädchen beim Abpringen von einem in der Fahrt befindlichen Pferdebohrwagen zur Erde und erlitt eine Gehirnerschütterung, so daß es noch dem Krankenhause Bethanien gebracht werden mußte. — In seiner Wohnung, in der Prinzenstraße, wurde ein Kaufmann erhängt vorgefunden. — Im Hause des Tages fanden zwei kleine Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Ein böses Sündenregister wurde gestern dem Kaufmann Karl Vencke vorgehalten, als er der zweiten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt worden war. Der vielfach vorbestrafte Angeklagte ist auf eine schiefe Ebene geraten, die ihn nunmehr dem Zuchthause zugeführt hat. Im vorigen Sommer verbüßte er eine Freiheitsstrafe in Wölfsen. Seinen kaufmännischen Kenntnissen hatte er es zu verdanken, daß er von einer Firma, die eine große Anzahl Gefangener beschäftigte, als Buchhalter benutzte wurde. Er lohnte das ihm geschenkte Vertrauen dadurch, daß er sich Stempel und Briefbogen der Firma aneignete. Wieder in Freiheit gesetzt, fertigte er sich selbst höchst empfehlenswerthe Zeugnisse an und beging damit verschiedene Schwunddelikte. Dem Oberförster a. D. von Nothflich gegenüber gab er sich als Sohn eines verstorbenen Freundes derselben aus und erhielt ein Geschenk von 25 Mark. Dann hatte er das Glück, eine Stelle als Buchhalter im Admiralsgartenbad zu erhalten, er beging dort Fälschungen, Diebstähle und Unterschlagungen. Die von ihm selbst ausgefertigten Ausweispaapiere lauteten auf einen adeligen Namen. Der Gerichtshof hielt es nicht für angezeigt, dem Unverbesserlichen mildernde Umstände zuzubilligen, sondern verurtheilte ihn zu drei Jahren Zuchthaus, vier Wochen Haft, 150 M. Geldstrafe und fünfjährigem Ehrverlust. Die Haftstrafe wurde durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet.

Die Geschichte eines halben Hundertmarkscheines beschäftigt kürzlich zum zweiten Male die neunte Verurtheilungs-Strafkammer des Landgerichts I. Der Schneidermeister Stelmacher hatte im vorigen Jahre die Hälfte eines Hundertmarkscheines der „Landständlichen Bank der Lausitz“ an die zuständige Behörde eingekauft mit dem Verlangen, ihm dafür einen ganzen Schein als Ersatz zu geben. Die fehlende Hälfte des überfandten Scheines sei von einem Hund gestressen worden. Eine Bank ist gesetzlich nur zum Ersatz beschädigten Papiergeldes verpflichtet, wenn der Inhaber die größere Hälfte vorzuzeigen im Stande ist. Das von Stelmacher eingekaufte Stück schien der Bank die kleinere Hälfte zu sein; sie vermutete, daß es auf einen Betrag abgesehen war und erstattete Anzeige. Das Schöffengericht verurtheilte derzeit auch den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Im

vorigen Termine vor der Verurteilung erhob der Verteidiger, Rechtsanwalt Bronker, darüber Bedenken, ob die vorhandene Hälfte des Scheines wirklich die kleinere und nicht die größere Hälfte sei. Der Gerichtshof beschloß damals die Verurteilung, um inzwischen einen vollständigen Schein beschaffen und mit Hülfe eines hinzuzuziehenden Bankbeamten einen Vergleich anstellen zu können. Im gestrigen Termine wurden nun äußerst genaue Vergleiche angestellt. Einer der Herren Beisitzer faltete den vollständigen Schein genau in der Mitte zusammen. Es zeigte sich dabei, daß der fragliche halbe Schein zum Theil um ein kleines über den zusammengefalteten Schein hinaustragte, zum Theil denselben nicht genau zu decken vermochte. Ferner stellte sich aber heraus, daß der halbe Schein auch an der Längsseite des neuen Scheins um eine Kleinigkeit zurückwich. Dies war jedenfalls nach der Ansicht des Bankbeamten darauf zurückzuführen, daß der alte Schein durch die beim Gebrauch entstandenen Kräfte etwas eingelaufen war. Der Verteidiger machte geltend, daß dieselbe Ursache bei dem Messen nach der Kurzseite des halben Scheins in Berücksichtigung zu ziehen sei, welches dann noch mehr dafür spreche, daß man die größere Hälfte des halben Scheins vor sich habe. Da der Bankbeamte erklärte, erst ein bestimmtes Gutachten nach einer eingehenden zeitraubenden Prüfung abgeben zu können, beschloß der Gerichtshof nochmalige Verurteilung des Termins.

Soziale Uebersicht.

Die Töpfer werden in der Zeitschrift „Der Töpfer“ ersucht, den Bezug nach Stettin (Werktubenarbeiter), Rixdorf, Kottbus, Königswusterhausen, sowie nach der Odenfabrik in Freienwalde und nach dem Geschäft von Christian Glaser in Halle a. S. zu vermeiden.

Der Streik der Riemendreher in Barmen dauert fort.

Die Maser der Puppenkopffabrik von Karl Müller in Sonneberg haben wegen Verweigerung einer Lohnerhöhung die Arbeit niedergelegt. Der höchste Lohn, den nur ein einziger Maser erreichte, der zugleich als Ober- oder Mustermaser fungierte, soll bis jetzt 14,50 M. wöchentlich betragen haben. Da der Fabrikant, wie der „Thüringer Volksfreund“ angiebt, sich raffecierte Pferde hält und ein eifriger „Sportsman“ ist, begreift sich's leicht, daß er die verlangte Lohnerhöhung für unannehmbar erklärte. Noble Passionen kosten Geld.

Der Streik der Zimmerer Wiens dauert fort, ebenso der Streik der Photographen-Tischler.

Die Wiener Appreturarbeiterinnen haben ihren Streik glänzend gewonnen, was um so mehr von Bedeutung, als dies das erste Mal war, daß österreichische Arbeiterinnen um Durchführung beruflicher Forderungen im Kampfe standen. Zu verdanken haben sie diesen Sieg zunächst ihrer Einigkeit, 600 Arbeiterinnen hielten volle zwei Wochen tapfer aus; dann aber der thätkräftigen finanziellen Unterstützung, die sie namentlich von den klaffenbemühten Arbeitern Wiens genossen. Erleichtert wurde ihnen der Sieg dadurch, daß die Arbeiterinnen der Seidenappreturen gleichfalls Forderungen stellten, womit diese auch durchdrangen, ohne daß es zum Streik gekommen wäre.

Der Streik der Dockarbeiter Gull's ist beendet und für die organisierten Arbeiter von großem Erfolg gewesen insofern, als Gewerkschaftsmitglieder wieder eingestellt und die feiner Organisation angehörenden Arbeiter entlassen wurden.

Der Kongress der deutschen Steinmetzen und verwandter Berufsgenossen wurde in Frankfurt a. M. am 21. d. Mis., Morgens 10 Uhr, im Gasthaus „Zum grünen Wald“ mit folgender Tagesordnung eröffnet: Bericht des Verbandsvorstandes, Organisation und Organfrage, Agitation, Stellungnahme zu Streiks, Wahl des Verbandsvorstands und des Verbandsvorstandes, Statist. Anträge der Delegirten. Anwesend waren 24 Delegirte, die 25 Ortschaften mit 3888 Gewerkschaftsgenossen vertraten. Die Berichterstattung der Delegirten gestaltete sich zu einer allgemeinen Kundgebung über den im Steinmetzgewerbe herrschenden außerordentlichen wirtschaftlichen Niedergang, aus der hervorging, daß die einzelnen Organisationen nicht mächtig genug sind, die in früheren Jahren eroberten Vortheile ihrem Umfange nach aufrecht zu erhalten.

Die Zahl der Schiedsmänner in den 18 preussischen Oberlandesgerichten betrug am Schluß des Jahres 1892 18048 gegen 18051 im Vorjahr; davon kommen auf das Oberlandesgericht Köln 2239; denselben lagen 8906 bürgerliche Rechtsstreitigkeiten vor. Zur Sühneverhandlung erschienen in 2342 Fällen beide Theile, 1698 wurden durch Vergleich erledigt, ferner wurden 16767 Fälle von Beleidigungen und Körperverletzungen an die Schiedsmänner des Oberlandesgerichts Köln gebracht. In 8207 Fällen erschienen beide Theile zur Sühneverhandlung, hiervon wurden 4336 Fälle durch Sühnevergleich mit Erfolg erledigt.

Ein neuer Vermuthungstropfen für die Zinnungsbapostel. In Budapest haben Lehrlinge der Posamentenwaarenfabrik von Hohenberg die Arbeit eingestellt, weil einer ihrer Kameraden, der nur noch fünf Monate zu lernen hatte, von dem Bruder des Fabrikbesizers körperlich gequält worden sollte. Die Lehrlinge sind übrigens auch zu ungesetzlicher Sonntagsarbeit gezwungen worden.

Die Mißhandlung der Lehrlinge durch den Meister gehört auch noch zu den Dingen, wovon sich die Weisheit der europäischen Staatsmänner nichts oder nicht viel träumen läßt.

In Brüssel wurde am Montag der internationale Kongress der Rubenarbeiter in der Maison du Peuple eröffnet. Zum Vorsitzenden wurde der englische Delegirte für Northumberland Picard gewählt; Deutschland war durch Schröder-Vortmund vertreten, Oesterreich durch Peter Singer. Außerdem waren 38 englische Delegirte, darunter sechs Parlamentsmitglieder, und etwa 15 französische Delegirte anwesend.

In Venedig stellten die an den Eisenbahnen und im Hafen beschäftigten Paträger die Arbeit ein, weil man ihnen keine höheren Löhne bewilligte. Der Telegraph giebt die Zahl der Streikenden auf 1000 an.

Versammlungen.

Der Verband der Möbelpolirer Berlins hatte am 15. Mal eine Versammlung. In derselben wurde über den Kasienbestand sowie über die Thätigkeit des Arbeitsnachweises Bericht erstattet. Es ergab sich, daß um ein Drittel mehr Adressen abgegeben wurden, als Arbeitslose vorhanden waren. Nachdem Löbning zum Beitragsammler für den Osten gewählt worden war, faßte die Versammlung den Beschluß, während der Wahlperiode keine Versammlungen abzuhalten.

Im Verein deutscher Schuhmacher, Filiale Berlin II., sprach am 7. Mai Genosse Limm über die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung und den Klassenkampf der Arbeiter. Der Redner ermahnte die Anwesenden, an der gewerkschaftlichen sowie an der politischen Bewegung unerschütterlich festzuhalten; zum Schluß forderte Limm die wahlberechtigten Kollegen auf, ihre Stimme bei der nächsten Reichstagswahl geltend zu machen. In

Ost- u. Westpreussen. Große öffentliche Versammlung

am Donnerstag, den 25. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Zoel, Andreas-Strasse Nr. 21, oberer Saal.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Hrn. O. Paander über: „Die Wahlbewegung und die Landarbeiter der östlichen Provinzen“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Die Landleute werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Die Agitationskommission. J. A.: Carl Rott, Münchebergerstr. 29.

Achtung! Filzschuharbeiter. Achtung! Große öffentliche Versammlung

aller in der Filzschuhbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend am Donnerstag, den 25. Mai, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Röllig, Neue Friedrichstr. 44.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Situationsbericht des Streiks. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes. 411/3

Sämtliche Schuhmacher sind zu dieser wichtigen Versammlung eingeladen. Zur Deckung der Unkosten findet Lottersammlung statt. Die Agitationskommission der Filzschuharbeiter von Berlin u. Umgeg. J. A.: Köpnic.

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volkes für Berlin und Umgegend.

Am Donnerstag, den 25. Mai d. J., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Nagel, Schwedterstr. 23:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Gründung einer Filiale für den Norden. — Um regen Besuch wird gebeten. Gäste willkommen. 411/3

Achtung! Friedrichsberg. Achtung! Große öffentl. Wählerversammlung

am Donnerstag, den 25. Mai 1893, Abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Müller (Kronprinzen Garten), Frankfurter Chaussee.

Tages-Ordnung: 1. Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent Stadtverordneter Bergmann. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 337/8

Zur Deckung der Unkosten Entree nach Belieben. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Das Komitee.

Schöneberg. Große öffentliche Wähler-Versammlung

am Donnerstag, den 25. Mai, Abends 8 Uhr, in der Schlossbrauerei Schöneberg, Hauptstrasse 60-63.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Kandidaten Fritz Zubeil über: „Die bevorstehenden Reichstags-Wahlen und das Proletariat“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben. 418/9

Mittenwalde. Große öffentl. Volks-Versammlung

am Sonntag, den 28. d. M., im Lokale des Herrn Benedix zu Mittenwalde.

Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. — Entree 10 Pf. 418/10

Dr. Thompson's Seifenpulver

ist das beste
und im Gebrauch billigste und bequemste
Waschmittel der Welt.

Nicht zu verwechseln mit geringwertigen Nachahmungen,
die in neuerer Zeit unter den Namen „Seifen-Extract“ u.
angeboten werden. 3972L*

Möbel, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin.

Ganze Ausstattungen Küchenmöbel in grosser
in Mahagoni u. Nussbaum. Auswahl empfiehlt

Julius Apelt, Sebastiansstr. 20

Reelle Waare. Prompte Bedienung. (früher 27/28). (3749L*)

Lieferant des Konsumvereins „Süd-Ost.“ (4096L*)

D. Wurzel, Wrangel-Strasse 16.

Kleiderstoffe, Mousseline und Batiste in grosser Auswahl.

Rechtsbureau des königlichen Amtsrichters a. D. Alte Jakobstr. 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unentgeltlich. Auch Sonntags. 3981L*

Möbl. Schlafst. f. 1 od. 2 B. (Sep. Eing.) b. Hupperecht, Adalbertstr. 84.

Möbl. Schlafst. f. 1 B. (Sep. Eing.) bei Rettig, Fürbringerstr. 4, v. 4 Tr.

JULIUS LINDENBAUM

gegründet im Jahre 1879. Frankfurter-Strasse 139, zweites Haus an der Frucht-Strasse. 4123L*

Lager eleganter fertiger Herren-Garderobe.

Spezialität: Anfertigung nach Maass unter Garantie des Gutsitzens. Zuschneider im Hause.

Für streng reelle und prompte Bedienung bürgt der langjährig bekannte gute Ruf meines Geschäfts.

Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.

Fr. Kranken- u. Begräbnisskasse der Schuhmacher u. Berufsgenossen Berlins (E. S. 27).
Ausserord. Generalversammlung am Sonntag, 4. Juni, Vorm. 11 Uhr. bei Herrn Goltz, Alte Jakobstr. 75, Tages-Ordnung:
Abänderung des § 6, Abs. 2, des Statuts. 71b
Mitgliedsbuch legitimirt.
Der Vorsitzende und Stellvertreter.

Achtung!
Am Montag, den 1. Mai, sind in den Concordia-Festsaal, Andreasstr. verschiedene Sachen bestehend in Festen und Noten, darunter eine Partitur von bedeutendem Werth entweder verloren gegangen oder absichtlich mitgenommen worden; sämtliche Sachen tragen den Namen Paul Gent. Es wird dringend gebeten, obige Sachen gegen Belohnung entweder bei dem Genossen Paul Gent, Adalbertstr. 95 Hof 4 Tr., oder bei Zubeil, Raunigerstr. 88, abzugeben. 64b

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 8806L*
am hiesigen Plage wie bekannt **grösste Auswahl!**
Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.

Kinderwagen
Größtes Lager im Norden Berlins. Theilzahlung gestattet.
A. W. Schulz, Brunnenstr. 145, Ecke Rheinsbergerstr.
Musterbücher gratis und franco.

Fähne schmerz. einf., sehr fest sitz. Garantie, 1.50. Abzahl. Woche 1 M. Dresdenerstr. 105. 4203L*

Kinderwagen, größtes Lager, bestes Fabrikat, auch Theilzahlung, nur allein Oranienstr. 3 im Korbgeläch.

billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer

Stempelfabrik von R. Hecht BERLIN S. Oranienstr. 63 liefert schnell und billig alle Arten Stempel.

Wichtig für junge Mütter.
Hiermit die ergebene Anzeige, daß die Frödel-Oberlin-Kindermädchenschule, Wilhelmstr. 10, im Frödelhause, den Alleinverkauf des Leopoldshaller Badefalzes von Herrn Paul Kertow in Leopoldshaus für Berlin und Umgegend übernommen hat. Die Heilkraft des von Aerzten allseitig empfohlenen Salzes gegen Skropheln, Drüsen etc. ist bekannt. 1 1/2 Pfd. Badefalz dem täglichen Badewasser beigelegt, öffnet die Poren, reinigt das Blut und wirkt oft Wunder bei dem mit den genannten Uebeln behafteten Kindern. Wir versenden das Leopolder Badefalz in luftdichten Beuteln zu 5 Kilo auf Bestellung frei ins Haus.
Der Vorstand. Wilhelmstr. 10.

Arbeitsmarkt.
Tüchtiger Klempnermeister.
Für einen schon 3/4 Jahr als Klempner gelehrten Jungen wird ein gerechter, aber strenger Meister gesucht (am liebsten Parteigenosse). Offerten u. Klempner-Lehrling 13 sind zu richten an die Exp. des „Vorwärts“. 4262L*

Tüchtiger Accidenzseher findet Stellung. M. Jedeck, Weuthstr. 6.

Farbige u. Versilberer verl. Andreasstr. 10. 76b

Zwider verlangt Müller, Rheinsbergerstr. 20. 85b

Orts-Krankenkasse der Maurer.
Ein tücht. Bureauarbeiter findet sofort oder zum 1. Juni Stellung. Gesuche sind schriftlich an den Unterzeichneten einzusenden (Mitglieder bevorzugt). 255/10

A. Dähne, Vorsteher, Demminstr. 66, III. 78b

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt Berlin SW., Weuthstr. 2.

Als vorzügliche Agitationsmittel für den bevorstehenden **Wahlkampf** empfehlen wir den Parteigenossen folgende Erscheinungen unseres Verlages:

Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie.
Erläuterungen zum Erfurter Programm von **Karl Kautsky und Bruno Schönlanck.**
Groß-Oktav 64 Seiten.
Zweite durchgesehene Auflage.

Preis gebestet 10 Pf., in Partien zum Massenvertrieb Rabatt.
Im ersten Theil ist die Prinzipien-Erklärung des Programms behandelt. In den Kapiteln — Kleinbetrieb und Großbetrieb, Kapitalist und Proletariat, Privatmonopol und Staatsmonopol, die Erhebung des Proletariats, der Sozialismus — sind die grundlegenden sozialdemokratischen Lehrsätze populär-wissenschaftlich niedergelegt, während im zweiten Theil unsere Programm-Forderungen, die von dem Klassenbewußten Proletariat als Mittel aufgefaßt werden, um das schließliche Ziel, die sozialistisch organisierte Gesellschaft, zu erreichen, erläutert sind. Es handelt sich bei dieser Broschüre darum, allen Parteigenossen, die sich in den Dienst der Partei-Organisation gestellt haben, den „Massen-Vertrieb“ besonders zu empfehlen, da mit dieser Schrift die Möglichkeit gegeben ist, immer neue, ungezählte Anhänger für unsere gemeinsame Sache zu gewinnen. Der Preis ist aus dem Grunde so niedrig gestellt worden.

Sozialpolitisches Handbuch.

Von **Dr. H. Lux-Magdeburg.**
Groß Oktav, XX und 386 Seiten mit einer Tabelle: Vergleichende Zusammenstellung der Arbeiterschutz-Bestimmungen in den einzelnen Ländern.
Preis: broschirt 1,50 M., in Fadenverband geb. 2 M. Auch in Lieferungen à 30 Pfennig. Einbanddecken 20 Pfennig. 400/5

Mit dem „Sozialpolitischen Handbuch“ hat der Verfasser, unterstützt von hervorragenden Mitarbeitern, ein gedrangtes Kompendium geschaffen, das für unsere Genossen, die sich der Agitation widmen und dem Gegner gegenüber immer schlagfertig sein müssen, ein willkommenes Hilfsmittel sein wird. Das Thatsachen- und Zahlenmaterial aus unserer Parteiliteratur, die bei ihrem steten Wachstum geistig durchzuarbeiten immer schwieriger wird, findet sich in demselben in praktischer Weise zusammengestellt, so daß Fragen über unsere Bewegung, ihre treibenden Kräfte und ihre wirtschaftlichen und politischen Widerstandsmomente leicht nachgeschlagen werden können. Nicht zuletzt werden auch unsere Redaktionen, sowie alle an der geistigen Herstellung unserer Presse-erzeugnisse Thätigen ein geeignetes Nachschlagewerk mit obigem Werke erhalten.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Alle Buchhandlungen, Kolporteur- und Zeitungspediteure nehmen Bestellungen entgegen. — Bei Aufträgen von außerhalb ersuchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages (Porto extra).

Reparationsgeschäft, pass. f. Ges. Saal, Garten, schöne anst. Wohnung, Billard, Instrument, im lebhaften Südosten, wegen andauernder Krankheit sofort für 850 Thlr. z. verkaufen, Miethe billig, 4 1/2 Jahr Kontrakt. Wo? fragt die Expedition des „Vorwärts“, Weuthstr. 2. 4252L*

66. Resterhandlung. 66. Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammingarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Frühjahrmänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt und Spitzen. (3710L*) Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge 66. Karle, Waldemarstrasse 66.

J. Semmel, Oranienstr. 55, am Morichplatz, pr. Zahn-Arzt. Spr. 8-6. Sonnt. 9-1. Theilzahlung gestattet.

Stempel Vereins-Abzeichen etc. H. Guttman, Brunnenstr. 9.

Warnung.
Ich warne Jeden, meiner Frau Marie Pohl etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. 72b*
Carl Pohl, Krüdstr. 82a.

Gefunden
bei **Eiseneck, Birkenwerder a. d. Nordbahn,** ein Packet Noten u. Stock. Abzuholen bei **Gustav Wernick, Birkenwerder, Villa Dalles.** 75b
Friedrichshagen (Müggele'sch'schen), Damen-Jaquet gefl. abzub. b. Schultze, Königsbergerstr. 11, v. 4 Tr. 78b

H. Richter, Optiker,

Berlin, C. Spittelmarkt, (Wahlstr. 1) und Weinbergsweg 15b, nahe am Hofenthafer Thor.
Anerkannt beste und billigste Bezugsquelle aller optischen Artikel.



Rathenower Aluminoid-Brillen und Pincenez,

garant. nie schwarz werd. M. 2,50 Nickelbrillen u. Pincenez „ 1,50 do. allerfeinste Qualität „ 2,— Rathenower Stahlbrillen „ 1,— Alles mit den besten Rathenower Krystallgläsern 1. Qual. versehen. Operngläser, rein achromat. M. 6. Neu! Richter's Opern- u. Reiseglas „Excelsior“ inkl. Lederetui u. Riemen M. 12, übertrifft alles bisher Gebotene. Prompter Versandt nach außerhalb gegen vorherige Einsendung oder Nachnahme. Genaueste Fachkenntnis. Eigene Werkstatt. 3545L* Bitte genau auf Straße und Nummer zu achten, um sich vor werthlosen Nachahmungen und Täuschung zu schützen. Sonntags v. 8-10, 12-2 geöffnet.